

Rechtsrutsch?

Gleichstellungsbüro

«Frauen im Chaos»

Aeschlimanns Zerrbild

Ratsberichte

MOMA?

Ein MonatsMagazin für neue Politik! «Für neue Politik»? Für neue Politik: eine Politik, welche die Ränder hereinbrechen lässt, eine Politik, die eine weitgreifende Vernetzung des Nachdenkens und des Handelns erlaubt – eine Politik der Beteiligung, wie wir sie mit dem neuen Magazin zu verfolgen wünschen. Wir wollen versuchen, einen Anfang zu finden – allerdings nicht am Anfang, sondern mittendrin. Ein Weg aus der demotivierenden Orientierungslosigkeit kann wohl allein derjenige sein über die konkreten Fragen, über Einzelfragen, wie sie sich in den unterschiedlichsten Bereichen stellen mit dem Ziel, im Laufe einer intensiven Auseinandersetzung gemeinsame Nenner zu finden. Dieses neue Magazin ist kein Parteiblatt und keine Verbandszeitung; es will Engagierten und Nachdenkenden Seitenplatz zur Verfügung stellen und Plattform sein für Streitgespräche und Diskussionsrunden, um eine anregende Streitkultur in der Schweiz entfalten zu helfen.

Das MOMA ist keine Tageszeitung, sondern ein Monatsmagazin; so kann nicht nur Aktuelles, sondern vor allem auch Hinter- und Untergründiges zur Sprache kommen: eine gute Voraussetzung für das Neue!

Leserschaft mit breitgefächertem Interesse gesucht

Das MOMA soll ein Magazin sein, welches Interessierten in Stadt und Land Informationen, Anstösse und Kontakte vermittelt und erlaubt, lokale Auseinandersetzungen und politische Bestrebungen auf nationaler und internationaler Ebene zu verfolgen. Themen, Beiträge, Anregungen, Kontakte, Kritik, Informationen...: Wir suchen Stimmen von verschiedenen Menschen, die in den unterschiedlichsten Denk- und Arbeitssphären sich bewegen, die in sozialen, kulturellen, politischen und anderen Bereichen tätig sind. Gesucht sind Aufmerksame aus allen möglichen Lebensbereichen, die,

mit verschiedenen Hintergründen und Erfahrungen, sich schreibend, mitdenkend, mithelfend beteiligen.

Im MOMA werden folgende Rubriken zu finden sein:

- «Tagebuch»
- «Kolumnen»
- «Weltinnenpolitik»
- «Streitpunkt»
- «Beziehungen der Geschlechter»
- «Schweiz aktuell»
- «Soll und Haben»
- «Ausland Schweiz»
- «Arbeitswelt»
- «Grau und Grün»
- «Debatte»
- «Schön und gut»

In den ersten Nummern werden unter anderem zu finden sein: ein Interview mit Christiane Brunner und Verena Diener über Lenkungsabgaben, Energiesteuer und AHV, eine Diskussionsrunde über die Schweizer Politik vor den Nationalratswahlen, ein Beitrag der beiden Autoren H. R. Hartmann und F. Horvath zu ihrem demnächst erscheinenden Buch über die SVP: «Zivilgesellschaft von rechts», ein Interview mit Adolf Muschg, ein Artikel von Paul Parin über die Gewalt des Vorurteils, die Folgen des IWF für Frauen und vieles mehr ...

Talon

Ich bin interessiert am MOMA und möchte

- ein Probeabo (3 Monate) für 20.–.
- ein Jahresabo für 85.–.
- ein Unterstützungsabo für 150.–/Jahr.
- in den Verein der MOMA-HerausgeberInnen mit einem Beitrag von 50.– für Nichterwerbstätige und 100.– für Erwerbstätige eintreten.

Bitte diesen Talon ausschneiden und einsenden an:

MOMA – Monatsmagazin für neue Politik
Postfach
8031 Zürich

Vielen Dank!

Inhaltsverzeichnis

Die Zukunft des Gleichstellungsbüros Ein (un)bestrittener Auftrag	Seite 4
Abstimmung Stadtplanung Wohnliches Zugade?	Seite 7
Wahlen 94 Rechtsrutsch?	Seite 8
Verein für Arbeitsmarktmassnahmen Gestern arbeitslos – heute «Holzwespe»	Seite 17
Regierungsrat Vor der zweiten Amtsperiode	Seite 18
Kantonsrat Ende Feuer ...	Seite 20
Grosser Gemeinderat Wahlversprechen oder Wahlversprecher?	Seite 22
Frontal	Seite 23
Frauen im Chaos Rückblick auf ein äusserst gelungenes Projekt	Seite 24
Aeschlimanns Zerrbild – Usters Brief «... alles andere als ein Highlight»	Seite 26

Impressum

SGA-Bulletin Nr. 4/94, Dezember 1994; erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin

Adresse: SGA-Bulletin, Postfach 829, 6301 Zug; Telefon: 21 84 93.

Redaktion: Margit Gigerl, Reto Hunziker, Daniela Meyer, Martin Stuber, Bruno Stutzer, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

Belichtung und Druck: Victor Holz AG, Baar

Auflage: 1350

Abonnements: Fr. 20.–; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.–

Redaktionsschluss Nr. 1/95: Montag 13. Februar; Erscheinungsdatum: Montag, 27.2.1995.

Zwangsmassnahmen – ohne Zwangsstaat?

Der Ausgang der Abstimmung zu den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht steht fest: Der Kanton Zug liegt mit 73,7 % Ja-Stimmen etwas über dem schweizerischen Durchschnitt. Das Volk will also, dass Ausländerinnen und Ausländer ohne legalen Aufenthalt in der Schweiz in Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft von bis zu insgesamt 12 Monaten genommen werden können. Wen wundert's, wenn Ausländerinnen und Ausländer die Schweiz mehr als Polizeistaat denn als eine Demokratie erleben?

Ich weiss nicht, wieviele der Abstimmenden sich persönlich überlegt haben, was es für einen Menschen bedeuten kann, ohne eine Straftat mehrere Monate in Haft zu verbringen. Mich schaudert jedenfalls bei dem Gedanken. Auch bei der Vorstellung, es werde ein fünfzehnjähriger Bub ohne pädagogische Betreuung irgendwo in einem Gefängnis festgehalten. Ich nehme an, die meisten der Abstimmenden haben diese Vorstellungen verdrängt und eher solche zugelassen von messertragenden Ex-Jugoslawen und dealenden Libanesen. Dabei sprachen im Laufe des Abstimmungskampfes Bundesrat Koller und andere PolitikerInnen aus, was wir längst vermutet hatten, dass nämlich die Zwangsmassnahmen gar nicht gegen Kriminelle gerichtet seien, sondern dass sie eine weitere Verschärfung des Asylgesetzes, wenn nicht gar eine Kriminalisierung aller Asylsuchenden bedeuten. Sie schüren dadurch die Fremdenfeindlichkeit.



Für SGA und Alternative war deshalb ein «Nein» die konsequente Folge des «Ja» zum Antirassismus-Gesetz – wie sie dies im sogenannten «Zuger Manifest» bereits vor der Abstimmung im September veröffentlicht hatten. Es gilt nun mit grösster Aufmerksamkeit zu verfolgen, wie das neue Gesetz angewandt wird. Wenn dafür, wie Angeline Fankhauser verkündete, eine gesamtschweizerische Beobachtungsstelle geschaffen werden soll – umso besser. Am schwierigsten zu kontrollieren sind Fälle, wo jemand ein Asylgesuch eingereicht hat, auf welches ein Nichteintretensentscheid erfolgt. Die Person kann im Moment der Entscheideröffnung in Ausschaffungshaft genommen werden – wird dies auch im Kanton Zug geschehen? Wie dann eineN RechtsvertreterIn beiziehen, um das Beschwerde-recht des Gesuchsstellers/der Gesuchsstellerin zu wahren? Die Asylbrücke Zug denkt an einen Pikettdienst. Wo willkürliche Anwendung der Zwangsmas-

snahmen unbescholtene Asylsuchende trifft, werden asylpolitische Kreise nicht zögern, eine Klage beim Konventionssausschuss des internationalen Übereinkommens gegen Rassismus einzureichen. Anders als uns einige PolitikerInnen weismachen wollten, ist gerade die Anwendung dieser Zwangsmassnahmen ein Prüfstein für die Antirassismus-Bestimmungen, welche die Schweiz soeben unterschrieben hat.

Repression hat unweigerlich noch mehr Repression zur Folge, weil das Problem mit Repression ja nicht gelöst werden kann. In unserem Falle weder das Untertauchen abgewiesener Asylsuchender, die nicht in die Heimat zurückkehren können und kaum in einem anderen europäischen Land Aufnahme finden, noch der illegale Aufenthalt von KriminaltouristInnen, die aus immer neuen Reservoirs ins lukrative Schweizer Geschäft eingespielen werden. Hier – in willkürlichen Massnahmen, die zweierlei Recht schaffen und unsere rechtsstaatlichen Grundprinzipien aushöhlen – liegt die Falle, in die wir selber, nicht die betroffenen Ausländerinnen und Ausländer, tappen. Vielleicht werden wir einmal, alt und grau geworden, nach der Jahrtausendwende zurückschauen und sagen: «Ja, ja, mit den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht hat doch eigentlich alles angefangen...» Ich will es nicht hoffen.

■ Doris Angst Yilmaz

Ein (un)bestrittener Auftrag

Eine Bilanz kurz vor Beginn der Diskussion um die Weiterführung des kantonalen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann im kommenden Jahr.

Dana Zumr/
Susanne Grob Schmuckli*

Das Gleichstellungsbüro wurde am 1. Februar 1992 eröffnet und ist einstweilen bis zum 31. Dezember 1995 befristet. Über die Weiterführung wird voraussichtlich mit folgendem Fahrplan entschieden: Zu Beginn des Jahres 1995 wird der neu zusammengesetzte Regierungsrat den Bericht und Antrag der Direktion des Innern, bei der das Gleichstellungsbüro als Amtsstelle eingegliedert ist, als eines seiner ersten Geschäfte beraten und seinerseits dem Kantonsrat Bericht und Antrag stellen.

Startschuss 1987 – Realisierung 1991

1991 brauchte die vorberatende Kommission unter der Leitung von Monika Hutter-Häfliger eine einzige Sitzung (am 4. April), um dem regierungsrätlichen Antrag ebenfalls zuzustimmen. Die 1. Lesung im Kantonsrat fand daraufhin im Juni statt, die 2. Lesung im September. Das Referendum gegen den Kantonsratsbeschluss wurde nicht ergriffen, und so konnte die Stelle im Dezember 1991 ausgeschrieben werden.

Ende Januar 1992 hat der Regierungsrat meine Anstellung und die meiner ersten Kollegin Judith Wissmann bestätigt. Ich konnte bereits eine Woche später, Anfang Februar 1992, die Stelle antreten, Judith Wissmann fing am 1. April 1992 an.

Dieser Fahrplan ist vermutlich für die Diskussion um die Weiterführung realistisch, wenn auch sehr gedrängt.

Mit der Eröffnung des Gleichstellungsbüros ging so ein fünfjähriger Prozess einstweilen erfolgreich zu Ende, der damit begonnen hatte, dass alle Frauen im Zuger Kantonsrat im Herbst 1987 gemeinsam eine Interpellation eingereicht und eine Stelle für Gleichberechtigung und eine Kommission für Frauenfragen gefordert hatten. Dieser Zusammenschluss aller Parlamentarierinnen war in der politischen Landschaft im Kanton Zug ein Novum. Madeleine Landolt hat hier als Initiantin eine wichtige Rolle gespielt. Die Bemühungen, ein Gleichstellungsbüro im Kanton Zug zu errichten, gehen aber noch weiter zurück. Einen ersten Vorstoss hat Heidi Jans-Dejung kurz nach der Annahme des Gleichstellungsartikels in der Bundesverfassung im Kantonsrat eingereicht. Offenbar war die Zeit nicht reif – und mit ihr die ParlamentarierInnen – und so brauchte es fünf Jahre und weitere Vorstösse, bis diese gemeinsame Interpellation einen Prozess in Gang brachte.

Weiterführung mit welchen Mitteln?

Das Gleichstellungsbüro besteht nun seit knapp drei Jahren, und wir stehen vor einer weiteren Hürde, nämlich der Zustimmung zur unbefristeten Weiterführung des Büros ab 1. Januar 1996. Für uns ist dabei nicht nur die Frage «Weiterführung

ja oder nein?» von Bedeutung, sondern ebenso entscheidend ist für uns die Frage «Weiterführung mit welchen Mitteln?». Hierbei geht es uns insbesondere um die Kompetenzen, die uns für unsere Aufgabenerfüllung zugestanden werden, und um die personellen, finanziellen und räumlichen Ressourcen. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht 1991 festgehalten, dass die Notwendigkeit für ein Gleichstellungsbüro zur Förderung der Gleichstellung unbestritten ist. An dieser Notwendigkeit hat sich unseres Erachtens nicht viel geändert. Die Aufgaben, die sich uns stellen, sind immer noch die gleichen; nach dreijähriger Tätigkeit kann keine Rede davon sein, dass die Gleichstellung von Frau und Mann erreicht ist. Also, ausser Spesen nichts gewesen? Keineswegs, doch müssen wir uns die Rahmenbedingungen, in denen wir uns bewegen, vor Augen halten.

Machtverhältnisse bestimmen Ziele und Vorgehen

Wir haben den Auftrag, die Gleichstellung von Frau und Mann zu fördern und uns für die Beseitigung von direkter und indirekter Diskriminierung einzusetzen. Kurz, wir sollen Bestehendes verändern. Erstens: «Bestehendes verändern» stösst per se auf Widerstand. Wo die Einsicht fehlt, dass Bestehendes verändert werden sollte, stossen Bemühungen zur Veränderung noch mehr auf Widerstand. Zweitens: Es stellt sich die Frage, was wie verändert werden soll.

Unnötig zu sagen, dass auch hier – je nach Werthaltung, Lebenszusammenhang etc. – nicht nur die Zielsetzungen auseinanderdriften, sondern erst recht die Vorgehensweisen. Damit soll nicht gesagt sein, dass «Bestehendes verändern» unmöglich ist oder der Veränderungswille gänzlich fehlt. Wir möchten damit einfach sagen, dass wir mit der Tatsache leben müssen, dass nicht alle Veränderungen wünschen, aus welchen Gründen auch immer, und ihnen somit eine Amtsstelle, die verändern soll, nicht passt.

Zudem müssen wir mit der Tatsache leben, dass es verschiedene Meinungen zur Zielsetzung von Gleichstellung von Frau und Mann gibt. Und nicht zuletzt müssen wir mit der Tatsache leben, dass Machtverhältnisse Ziele und Vorgehen bestimmen. Wir finden somit auch Bemerkungen wie «Euch Frauen fehlt die Frauensolidarität» oder «Nicht einmal unter Frauen seid ihr Euch einig» oder «Nicht alle Frauen wollen das» müssig. Männer haben im Prinzip recht homogene Lebenszusammenhänge und Ziele, die sich insbesondere an ihrer Erwerbsarbeit orientieren, und es käme niemand auf die Idee, dass damit Männer das gleiche wollen oder wollen sollten.

Bei Frauen sind demgegenüber die Lebenszusammenhänge einiges unterschiedlicher, je nachdem ob eine alleinige Orientierung auf Beruf oder Familie erfolgt oder eine Doppelorientierung angestrebt wird und je nachdem in welcher Lebensphase sich die jeweilige Frau befindet. Somit ist ganz klar, dass die Zielsetzungen sehr unterschiedlich ausfallen. Für unsere Veränderungsarbeit heisst das somit, dass wir mit den veränderungsbereiten Frauen und Männern zusammenarbeiten und uns am Aushandlungsprozess bezüglich Zielen und Vorgehen beteiligen, ohne dabei die Machtverhältnisse ausser Acht zu lassen. Diese



«Frauenquote»: Postkarte aus dem 4er-Satz des Gleichstellungsbüros.

sind insbesondere bei der Kompetenz- und Ressourcenfrage äusserst interessant.

«Natürlich ist allen klar, dass die Dotierung der Stelle zur Aufgabenerfüllung nicht ausreicht.» Wir waren verblüfft, als wir diese Bemerkung zum ersten Mal von jemandem ausserhalb des Büros so offen hörten, obwohl uns dies im Büro schon bald einmal klar wurde. Tatsache ist, dass es sich um einen rein politischen Entscheid handelt, wie viele Personaleinheiten, wie viel Geld und Raum einem Gleichstellungsbüro

zugestanden werden. Es besteht ein klares Ungleichgewicht zwischen Aufgaben und Kompetenzen einerseits und zwischen Aufgaben und Ressourcen andererseits. Die Kompetenzen des Büros sind beschränkt auf ein Recht zur Zusammenarbeit, ein Akteneinsichtsrecht und ein indirektes Antragsrecht. Seitens der Verwaltung besteht eine Informationspflicht. Im Rahmen seiner Vorlagen hat der Regierungsrat die abweichende Auffassung des Büros an den Kantonsrat bekanntzugeben. Zusätzlich stellt sich das Problem, dass

Das Gleichstellungsbüro in Kürze

Aufgaben

Mitwirkung im Gesetzgebungs- und Vernehmlassungsverfahren, Förderung der Gleichstellung innerhalb der kantonalen Verwaltung, Erarbeitung von Fördermassnahmen innerhalb und ausserhalb der Verwaltung, Zusammenarbeit mit interessierten Kreisen und Organisationen, Beratung von Privaten und Behörden, Ausübung einer Vermittlungstätigkeit und Abgabe von Empfehlungen, Erstellung oder Besorgung von Gutachten, Führen einer Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit.

Adresse

Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zug
Postfach 146
Bahnhofstr. 32
6301 Zug
042/25 39 19 Mo-Do

Mitarbeiterinnen

Dana Zumr, lic. oec. HSG, Leiterin, 80%

Susanne Grob Schmuckli, lic. iur., 20%

Doris Meyer-Meier, Sekretärin, 50%

Publikationen

- Frauenanteile in Kommissionen
- Familienergänzende Kinderbetreuung im Kanton Zug
- Frauenberufe – Männerberufe?
- Halbzeit? – Tätigkeitsbericht vom 1.2.92–30.4.94
- Faltprospekt zum Gleichstellungsbüro
- 4er-Satz Postkarten

Bereich Arbeit:

- Chancengleichheit in der kantonalen und städtischen Verwaltung

Bereich Bildung:

- Berufswahl
- Zuger Messe «Frauenberufe – Männerberufe?» in Zusammenarbeit mit der Berufsberatung und Fachkommission
- Umsetzung der EDK-Empfehlungen im Bildungswesen in Zu-

sammenarbeit mit der Fachkommission

Bereich Familie:

- Kolumnen zum Internationalen Jahr der Familie 1994
- Arbeit an einer Publikation zu familienpolitischen Massnahmen

Bereich Öffentlichkeit:

- Einrichtung des Fachfrauenpools
- Sprachliche Gleichbehandlung
- Ausstellung «(K)ein sicherer Ort» in Zusammenarbeit mit diversen Organisationen

Die Mitwirkung im Gesetzgebungs- und Vernehmlassungsverfahren tangiert sämtliche vier Bereiche und erstreckt sich von der Revision des Arbeitsgesetzes über das Gesetz über den Feuerschutz, das Personal- und Pensionskassengesetz bis hin zum Scheidungsrecht und Steuergesetz. Die Arbeit kann im Detail im «Halbzeit?»-Bericht nachgelesen werden, der im Gleichstellungsbüro gratis bezogen werden kann.

diese Kompetenzen nicht immer eingehalten werden. Zu den Ressourcen können wir nur soviel sagen: Wir können es machen, wie wir wollen.

Eine Personaleinheit als Gleichstellungsbeauftragte, wie auch immer auf zwei Frauen aufgeteilt, und eine halbe Personaleinheit für das Sekretariat genügen längstens nicht, um dem uns gestellten Auftrag und Aufgabenkatalog gerecht zu werden. Welche Konsequenzen dieser tägliche Kampf ums Optimieren, Prioritätensetzen, sich abgrenzen, sich überlasten, sich neu aufbauen etc. hatte, konnte in der Rubrik «Kündigungen» jeweils nachgelesen werden. Neben der Stellendotierung sind aber auch die frei verfügbaren finanziellen Mittel für Aufträge etc.

entscheidend. Hier müssen wir von Jahr zu Jahr immer massivere Kürzungen hinnehmen. Die enge räumliche Situation ist dabei das i-Pünktchen, das noch fehlt.

Was heisst das also für die Weiterführung?

1. Das Gleichstellungsbüro muss unbefristet weitergeführt werden und ein Gesetz als Rechtsgrundlage erhalten, in welchem weitergehende Kompetenzen als bisher festgehalten sind.
2. Es geht nicht nur um die Frage «Weiterführung ja oder nein», sondern auch um die Rahmenbedingungen des Gleichstellungsbüros.

3. Die Rahmenbedingungen des Gleichstellungsbüros müssen in personeller, finanzieller und räumlicher Hinsicht verbessert, sprich ausgebaut werden.
4. Wir müssen davon ausgehen, dass wir immer noch am Anfang eines Prozesses stehen. Wir können nicht davon ausgehen, dass eine Mehrheit diese Forderungen unterstützt. Es braucht einiges an Überzeugungsarbeit und Engagement, und zwar von allen verantwortungsvollen Frauen und Männern. □

* Mitarbeiterinnen vom Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zug

Wohnliches Zug ade?

Gegen die schon seit dem Spätsommer laufende Werbekampagne und das Gefühl, nun solle die komplizierte Stadtplanungsdiskussion endlich abgeschlossen werden, war am 4. Dezember kein Kraut gewachsen. Auch eine pfiffige und konkret argumentierende Nein-Kampagne konnte daran nichts ändern.

Daniel Brunner

Noch im letzten Sommer hätte niemand aus VCS, WWF, Mieterverband, SGA, SP oder Bunter Liste – den «ErbverwalterInnen» der Grünflächen- und der Wohnanteils-Initiativen von 1990 – auch nur einen Pfifferling auf ein Volksnein am 4. Dezember gewettet. Zu stark war die «Rezessionsstimmung», die für möglichst unbehindertes Bauen spricht, und der Wunsch, die Diskussion um die Zuger Stadtplanung endlich abzuschliessen. Dass der Stadtrat seine farbige Abstimmungsvorlage im Oktober nur mit Pro-Argumenten füllte, verschlechterte die Ausgangslage weiter. Als der SP/SGA-Stadtpresidentschaftskandidat Othmar Romer sein «knappes Ja» zur Stadtplanung verkündete und die Bürgerlichen kurz darauf ihren Wahlsieg feierten, sank unsere Stimmung auf den Tiefpunkt.

Für ein wohnliches Zug

Trotz allem heckte das Komitee «Wir wollen eine wohnliche Stadt» eine wirksame Kampagne aus. Ein erstes Flugblatt für alle Haushalte machte Mitte November aus der «undurchsichtigen Stadtplanung» eine Vorlage, aus der Konflikte nicht (mehr) wegzudiskutieren waren: von der Reduktion der heutigen Mindestwohnanteile über den fehlenden Grünflächenschutz im Waldhof bis zur Gefährdung gewachsener

Quartiere durch die massive Erhöhung der erlaubten Baudichte und zur schlagartigen Öffnung des Landis-&-Gyr-Areals für fremdvermietbare Büros. Rund eine Woche vor der Abstimmung erhielten die Bewohner/innen der meisten Stadtteile zudem ein spezielles Flugblatt, das ihnen diese Probleme «bis vor ihre Haustüre» illustrierte. In letzter Minute verschickten wir ein Flugblatt, das auf den perfiden (und selbstverständlich unwahren) Vorwurf reagierte, wir GegnerInnen



hätten auf unserem ersten Flugblatt ein desinformierendes Foto des Waldhofs abgebildet. Dank Sammlungen bei Strassenaktionen gab es 190 Unterschriften für ein grosses Namensinserat. So erreichten wir, dass die Ausgangslage für den 4. Dezember trotz aller widrigen Vorgaben plötzlich wieder offen wurde.

Wie weiter?

Das eindeutige, aber nicht brutale Stimmenverhältnis (55,3 % ja zu 44,3 % nein) wirft die Frage auf, ob sogar ein Sieg möglich gewesen wäre: Hätte es zum Beispiel gereicht, wenn der Vorstand des Quartiervereins Röteli und der Zuger Heimat-

schutz ihre Ablehnung früher und klarer kundgetan hätten? Was wäre passiert, wenn die beiden Zuger Zeitungen ausgewogener informiert hätten? Was hätten wir erreicht, wenn die SP die Stadtplanung nicht bewusst aus dem Wahlkampf herausgehalten hätte? Oder wenn Othmar Romer das Nein unterstützt hätte?

Diese Fragen mögen bereits mühsig scheinen, aber sie haben ihre konkrete Bedeutung: Von der Antwort hängt es nicht zuletzt ab, ob sich in nächster Zeit InitiantInnen «für einen grünen Waldhof» und/oder «für einen lebendigen Stadtteil Landis & Gyr» finden.

Das ändert nichts daran, dass nun ein Teil der Errungenschaften der Initiativen von 1990 bachab geschickt wurde: Wir haben weder eine Verkleinerung des Siedlungsgebiets an allen kritischen Siedlungsrändern im Sinne der Grünflächen-Initiative erreicht, noch die seit 1990 in Kraft stehende markante Verschiebung zugunsten eines wohnfreundlicheren Zugs gesichert. Immerhin bleibt nun die ganze Gimegrün grün, und der grösste Teil der Familiengärten ist planerisch gesichert. In den Zentrumszonen K 5 und WG 5 gibt es einen zahlenmässigen Wohnanteil von 50 % (faktisch etwas weniger als 45 %) statt der vom Stadtrat 1989 vorgesehenen 25 bzw. 40 %. Das sind die wenigen, aber doch wichtigen Akzente aus den beiden Initiativen, welche die vierjährige Demontagearbeit der bürgerlichen Gemeinderatsmehr-

Rechtsrutsch?

Der Wahlherbst 94 ist vorbei. Für uns Anlass einer hoffentlich übersichtlichen Zusammenfassung der Resultate aller Gemeinden, in denen alternative Gruppierungen kandidierten. Daneben gehen wir in kurzen Artikeln oder Interviews auf spezifische Eigenheiten einzelner Gemeinden ein. Ein allgemeiner Teil versucht, die wesentlichen Ergebnisse zu werten. Die Ständeratswahlen behandeln wir, wenn die detaillierten Resultate vorliegen.

Martin Stuber

Weil die parteipolitische Zusammensetzung des Regierungsrates nicht geändert hat, gibt es auf den ersten Blick hier wenig zu sagen. Die Analyse der Listenstimmen lohnt sich trotzdem.

Ausser in den beiden Aegeri hat das Bündnis von SP und Alternativen überall Listenstimmen verloren. Noch deutlicher verloren hat aber die FdP, während die CVP sogar

leicht zulegen konnte. Die FdP hat in allen Gemeinden verloren, am stärksten - in den beiden Aegeri! Die CVP hat die Verluste in den Agglomerationsgemeinden Zug, Baar und Steinhäusern durch Gewinne in den beiden Aegeri, Cham und Neuheim kompensieren können.

Welche Schlüsse lassen sich daraus ziehen? Erstens hat in Unterägeri die SP und in Oberägeri das Forum erstmals für den Kantonsrat kandidiert, was sich mobilisierend für die rotgrüne RR-Liste ausgewirkt hat.

Zweitens hat die Nicht-Nomination von Joachim Eder die FdP offenbar im Aegerital massiv Stimmen gekostet: davon profitiert hat Susanne Fassbind, die dissidente und grün profilierte FdP-Frau. Die CVP verliert in der Agglomeration Zug weiter an Boden, hat aber im Aegerital ebenfalls vom Frust vieler FdP-WählerInnen profitieren können. Sicher eine Rolle gespielt hat aber auch der Bisherigen-Bonus, weil die FdP mit drei Neuen kommen musste.

Weil für den Regierungsrat die

Regierungsratswahlen 1986 bis 1994 (Listenstimmen)

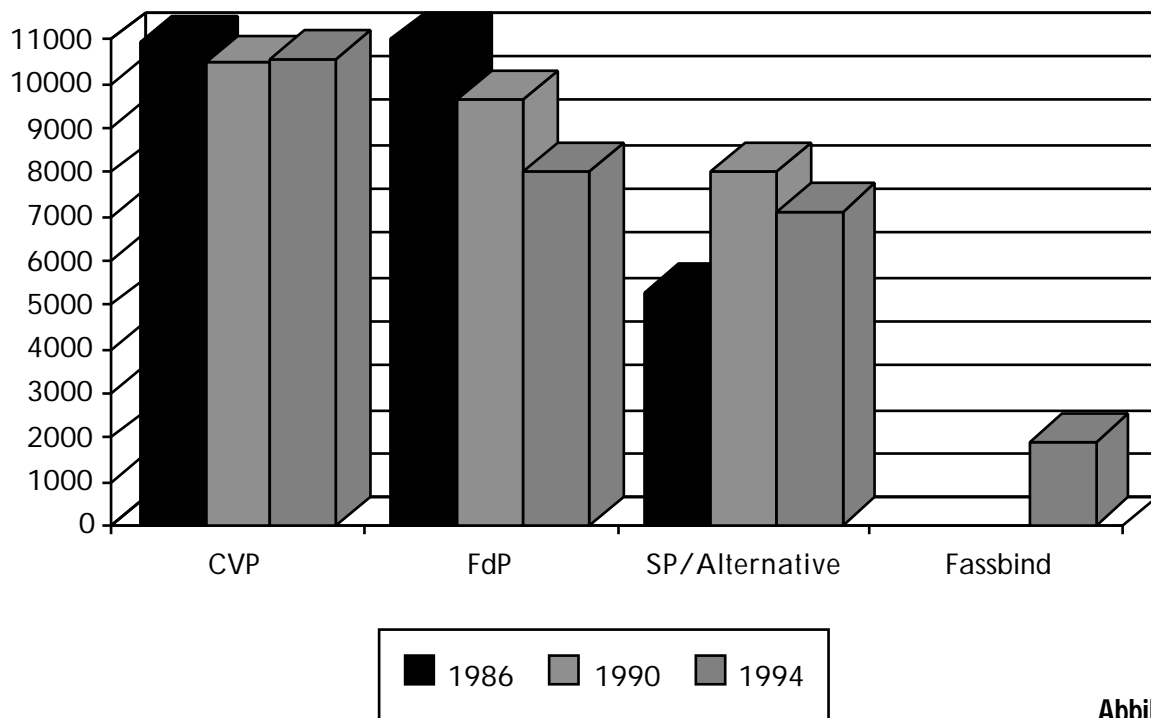


Abbildung 1

SVP nicht kandidiert hat, lässt sich im direkten Vergleich mit 1990 der Ursprung der Verluste der rotgrünen Liste relativ leicht eruieren: die gesunkene Stimmbeteiligung! Wo die Stimmbeteiligung gesunken ist (Zug, Steinhausen, Hünenberg, Cham) gibt es deutliche Verluste, wo sie gleichgeblieben ist, konnte sich die Liste halten (Baar, Menzingen), wo sie gestiegen ist, konnten wir zulegen (beide Aegeri). Ausnahmen sind Neuheim und Risch.

Wer hat Fassbind gewählt?

Wieso Risch und Neuheim? Dort (und in Cham) hat als einzige Gemeinden die Liste von Susanne Fassbind deutlich im rotgrünen Spektrum «gegrast». In allen anderen Gemeinden hat Fassbinds Liste die Stimmen bei bürgerlichen WählerInnen geholt. Das lässt sich nachwei-

Zu den Tabellen

Bei den grossen Übersichtstabellen der kantonalen Wahlen (Abbildungen 1 und 2) bringen wir die Listenstimmen. Sie sagen etwas über die zahlenmässige Verankerung der Parteien und ihre Mobilisierungskraft aus. Hinter jeder Listenstimme steht ein Mensch, der dieser Partei seine Stimme gegeben hat.

Im Gegensatz dazu bringen wir bei den Übersichtstabellen der Gemeinden (Abbildungen 3 bis 7) die relativen Parteistärken in Prozent. Sie sagen v.a. etwas aus über das Kräfteverhältnis zwischen den

Parteien, und weil in diesen Tabellen insgesamt sechs Wahlen (beim GGR-Zug drei Wahlen) berücksichtigt sind, wird auch die Entwicklung deutlich.

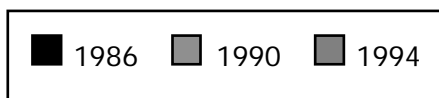
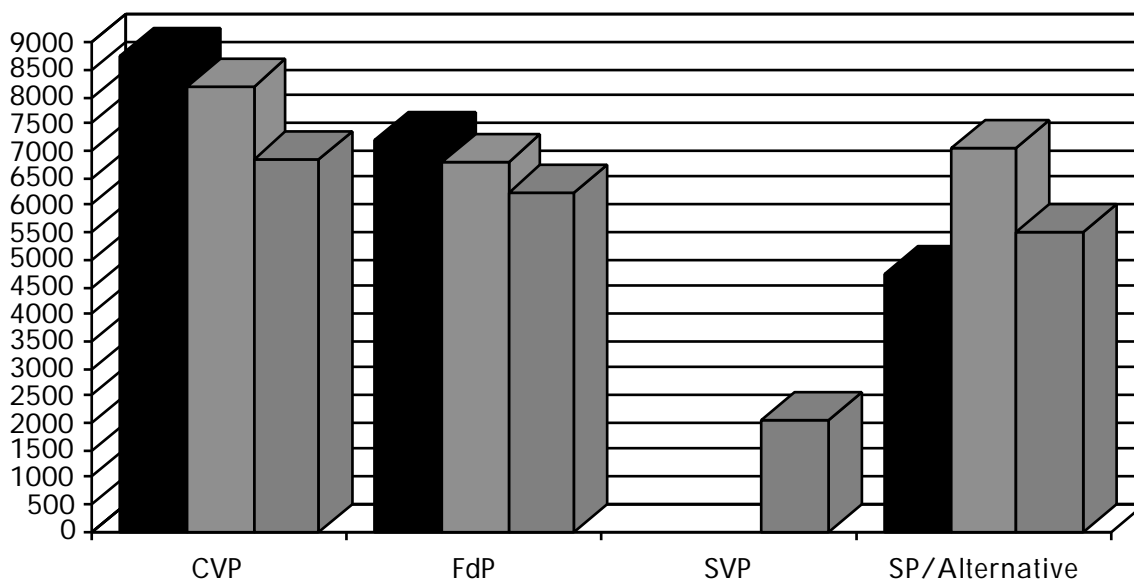
Zu den Abkürzungen:
 StR 90 = Stadtratswahlen von Zug (Exekutive)
 GR 90 = Gemeinderatswahlen 1990 (Exekutive)
 KR 90 = Kantonsratswahlen 1990 (Legislative)
 RR 90 = Regierungsratswahlen 1990 (Exekutive)

sen durch einen Quervergleich mit den Resultaten der gleichzeitig stattfindenden Kantonsratswahlen.

Wir zählen die Regierungsrats-

Listenstimmen von CVP, FdP und Fassbind zusammen und vergleichen sie mit dem Total der Kantonsrats-Listenstimmen von CVP, FdP

Kantonsratswahlen 1986 bis 1994 (Listenstimmen) *



* Nur Zug, Baar, Steinhausen, Cham, Hünenberg und Risch

Abbildung 2

und SVP. Die Differenz ergibt in etwa die Anzahl der WählerInnen, welche bei Kantonsrat und Regierungsrat verschieden gewählt haben. Wenn mehr bürgerliche RR-Listen eingeworfen wurden, so kann angenommen werden, dass v.a. Fassbind von Stimmen aus dem rotgrünen Spektrum profitiert hat. Dies ist deutlich der Fall in Risch-Rotkreuz, weniger deutlich in Cham und Neuheim. In allen anderen Gemeinden hat die rotgrüne RR-Liste bei den bürgerlichen KR-WählerInnen Stimmen geholt, am stärksten in Baar!

Fehlende alternative KandidatInnen neben der SGA

Wird das Ganze noch parteimässig aufgesplittet, erscheint die FdP als Hauptquelle für Fassbinds Listenstimmen – keine Überraschung.

Im längerfristigen Trend erstaunt so der Niedergang der FdP bei den Regierungsratswahlen nicht mehr (Abbildung 1). Eher schon überrascht die Konstanz der CVP. Das Wahlbündnis SP/SGA hat den enormen Sprung von 1986 zu 1990 nicht halten können, der Verlust hält sich aber in Grenzen, besonders im Vergleich mit den Kantonsrats- und Gemeinderatswahlen. Offensichtlich hat sich 1990 die Aufbruchstimmung rund um die gemeinsame Liste und auch die damals herrschende Hochkonjunktur besonders stark mobilisierend ausgewirkt. Ein Manko war sicher, dass neben der SGA keine andere alternative Person kandidierte.

Kontraste bei persönlichen Stimmen

Bei den persönlichen Resultaten liegen Freud und Leid nahe beieinander: das Traumresultat von Hanspeter Uster und das überaus schlechte Abschneiden der beiden Frauen. Eine Analyse zeigt folgendes: Uster

machte über 6400 persönliche Stimmen auf CVP-, FdP- und Fassbind-Listen. Demgegenüber erzielte Sybilla Schmid 1112 und Monika Hutter 1621 persönliche Stimmen auf diesen Listen. Gestrichen wurde Uster nur gerade 218mal (das sind 3 %) und Urs Birchler 681mal (9.5 %), während Sybilla und Monika je über 1500mal gestrichen wurden (gut 20 %). Mehr als vier Fünftel der Stimmendifferenz stammt also von Zusatzstimmen auf bürgerlichen Listen.

Klarer Rechtstrend beim Kantonsrat

Etwas anders als beim Regierungsrat sieht es beim Kantonsrat aus. Die alternative Fraktion hat einen (unbesetzten!...) Sitz in Risch gewonnen und in Oberägeri den Sitz nur um 2 Listenstimmen verpasst, und auch der Einzug der SVP in den KR liegt mit drei Sitzen im Rahmen des Erträglichen. Dem stehen die zwei Sitzverluste der SP entgegen und die Bunten sind auch nicht mehr angetreten (1 Sitz). Alles in allem sicher kein Rechtsrutsch.

Anders sieht es aber aus, wenn die Listenstimmen in den Gemeinden analysiert werden, wo seit 1986 SP und alternative Gruppierungen zusammen oder getrennt in jeder Wahl kandidiert haben (Grafik 2). Zwar haben auch FdP und CVP Federn gelassen, aber das ist durch das Resultat der SVP mehr als kompensiert worden. Die Zahl der addierten Listenstimmen für Rotgrün ist nicht weit weg vom Resultat 1986!

Wer hat bei Rotgrün verloren?

Im Detail analysiert (Abbildungen 4 bis 7) zeigt sich, dass die SP in Zug und Cham massiv (mit Sitzverlusten) und in Hünenberg spürbar Stimmen verloren hat, während sie in Baar nur schwache Verluste aufweist. Dort hat die SGA einen Ein-

bruch erlitten (mit Sitzverlust). Für die Verluste der gemeinsamen Liste in Steinhausen verantwortlich ist wohl die stark gesunkene Stimmeteiligung (von 52.4 auf 44 %). Relativ wenig Stimmen verloren hat Gleis 3. Die grosse Ausnahme ist die SGA in Zug mit spürbarem Stimmengewinn (nur 60 Listenstimmen fehlten für den 3. Sitz, den die SP hätte abgeben müssen), der aber sicherlich mit der Nichtkandidatur der Bunten zusammenhängt.

Erfreulich sind die Sitzgewinne der SP in Unterägeri und des Kritischen Forums in Cham. Für deren Resultate gibt es aber keine Vergleichszahlen. Die Stimmen des KriFos vermochten den Einbruch der SP in Cham nicht völlig wett zu machen. Übers Ganze gesehen geht der Rückgang der rotgrünen KR-Listenstimmen stärker aufs Konto der SP.

Noch ein Wort zur SVP: Sie hat in einigen Gemeinden Sitze nur knapp verpasst, diese wären aber samt und sonders auf Kosten von CVP oder FdP gegangen. Hätte die SVP nicht in Baar eine eigentliche Hochburg aufbauen können, wäre die Fraktionsstärke im Kantonsrat verpasst worden! Blocher wird nicht zufrieden gewesen sein...

Rechtsrutsch? Jein!

Der politische Wind bläst in der Schweiz von rechts, das hat auch das Abstimmungsergebnis vom 4. Dezember gezeigt. Dem konnte sich der rotgrünbunte Sektor nicht entziehen. Weiten wir den Blick und vergleichen mit Wahlen anderer Kantone in jüngerer Vergangenheit, muss sogar konstatiert werden, dass wir uns gar nicht so schlecht gehalten haben. Deutlich wird jetzt auch, dass 1990 tatsächlich ein Linksrutsch stattgefunden hat. Jetzt hat das Pendel - weniger stark - zurückgeschlagen. Ein eigentlicher Rechtsrutsch ist das noch nicht. □

«Zu routiniert angegangen»

Es gibt zwei Arten, eine Wahlbilanz zu ziehen. Die erste geht von der eigenen Gruppe aus und versucht, deren Fort- und Rückschritte aus sich selber zu erklären. Die zweite geht aus von den allgemeinen Entwicklungen und versucht, die eigenen Resultate vor diesem Hintergrund zu bewerten.

Josef Lang

Die erste Methode beinhaltet die Gefahr, dass bei einem Erfolg eigene Schwächen übersehen und bei einem Misserfolg nur noch die Fehler gesehen werden. Ich halte deshalb die zweite Methode für sinnvoller, sofern man nicht deren Risiko zum Opfer fällt: dem Ent-

schuldigen eigener Fehlleistungen.

Auch in Stadt und Kanton Zug hat sich der schweizerische Rechtstrend durchgesetzt – allerdings schwächer als andernorts. Vor allem sind die Verluste der zugerischen Alternativen und die Gewinne der Rechten bedeutend geringer ausgefallen als die verwandter Gruppen in anderen Städten und Kantonen. Der Rechtstrend selber hat zu tun mit den wirtschaftlichen Unwägbarkeiten und einer allgemeinen Verunsicherung. Diese bevorteilen Kräfte mit einfachen Botschaften. Vor vier Jahren herrschte Hochkonjunktur und, was wichtiger ist, eine politische und gesellschaftliche Aufbruchstimmung. Eine solche erleichtert die Vermittlung von differenzierteren und mutigeren, d.h. alternativen Projekten.

1994 haben SP, SGA und Bunte zwei Drittel der Gewinne von 1990 wieder verloren. Etwas besser als der

links-grüne Durchschnitt steht die SGA da. Bei den Gemeinderatswahlen verlor sie von den sechs Prozent gewonnener Stimmen einen Drittel. Bei den Kantonsratswahlen vermochte sie ihren Anteil von 10% auf 12,6% zu steigern. Offensichtlich ist es uns gelungen, einen guten Teil der Bunten-Stimmen zu gewinnen.

Kopie und Original

Die SVP machte mit 10% ein starkes Resultat bei den kommunalen und mit 8% ein mässiges bei den kantonalen Wahlen. Wie vorauszu-sehen war, haben die Rechtspopulisten ihre Stimmen hauptsächlich auf Kosten der CVP geholt. Deren Rechtsrutsch im Gemeinderat hat sich offensichtlich nicht gelohnt. Die Rechten wählen lieber das SVP-Original als die CVP-Kopie. Die Verluste der drei nichtbürgerlichen Parteien dürften mit den SVP-Gewinnen wenig, mit der tiefen Stimmbe-

Parteienstärken in Zug (WählerInnenanteil in %)

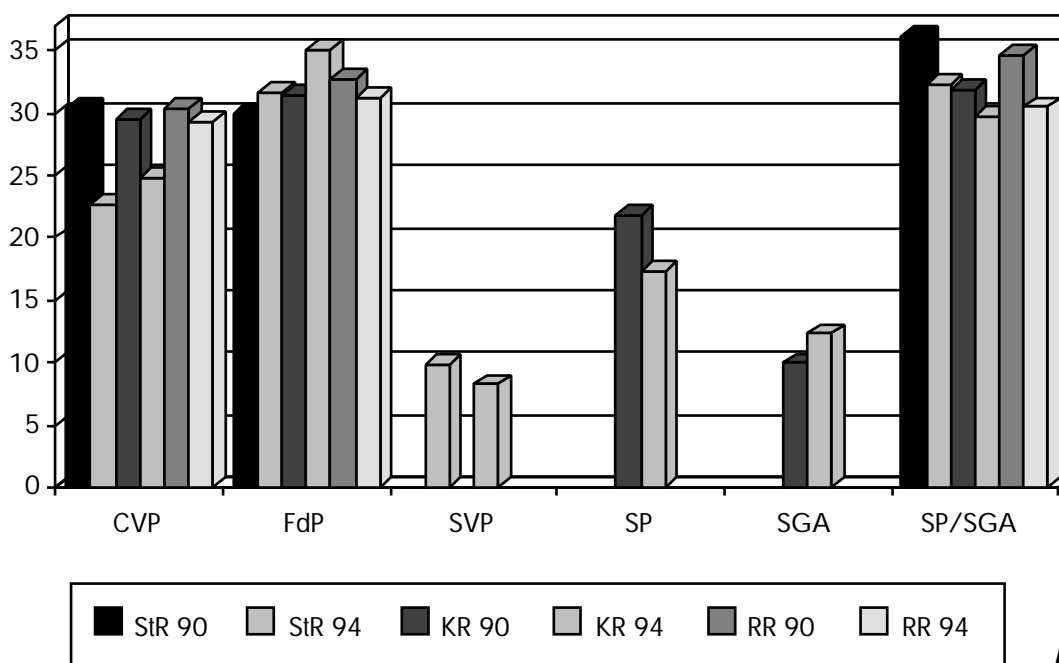


Abbildung 3

Persönliche Stimmen

Folgende Personen wären, falls nur die persönlichen Stimmen der eigenen Liste gezählt würden, nicht gewählt worden:

Grosser Gemeinderat Stadt Zug: Martina Arnold-Vonwyl (CVP), Ruth Jorio-Haag (CVP), Ivana Calovic (SGA und Parteilose), Annagret Gass (SP), Antoinette Bossard-Saxer (SVP), Chris Derungs (SVP).

Kantonsrat: Andreas Bossard (CVP), Brigitte Profos-Meier (SP), Heinz Grüter (FdP), Käthi Langenegger (CVP), Hans Steinmann (SVP), Ursi Luginbühl (FdP), Judith Schuler (FdP), Gottfried Zürcher (FdP).

Diese Personen sind dank den persönlichen Stimmen auf parteifremden Listen gewählt worden: Z.B. Martina Arnold-Vonwyl (CVP) auf den Listen von SP, SGA und Bunte; Ivana Calovic (SGA und Parteilose) auf der Bunten-Liste; Andreas Bossard auf den Listen von SP und SGA; Brigitte Profos-Meier (SP) auf den Listen von SGA und FdP; Ursi Luginbühl (FdP) auf den Listen des Kritischen Forums und der SP.

Insgesamt wären 9 Frauen und 5 Männer auf der eigenen Liste aufgrund der persönlichen Stimmen nicht gewählt worden. An deren Stelle würden eine Frau und 13 (!) Männer im Grossen Gemeinderat und im Kantonsrat Platz nehmen!

teiligung bei den Jungen um so mehr zu tun haben.

Zwei Fragen

Es stellen sich nun zwei Fragen: Weshalb ist der Rechtstrend schwächer als andernorts ausgefallen? Und: Weshalb hat er uns trotzdem überrascht? Die beiden Fragen und deren Beantwortung hängen miteinander zusammen. Die Linke und insbesondere die Alternativen haben in Stadt und Kanton Zug dem Rechtspopulis-

Rotgrüne WählerInnen

Wie wählen die WählerInnen von Rot-grün-bunt?

Liste SGA und Parteilose: Am wenigsten gestrichen wurden Daniel Brunner auf der Gemeinderatsliste (17mal) sowie Arlene Wyttenbach (45mal) und Sybilla Schmid (9mal) auf den Kantonsratslisten. Generell wurden diejenigen am wenigsten gestrichen, die politisch bekannt sind. Von der SP und den Bunten erreichten die Frauen und einige bekannte Männer sehr viele persönliche Stimmen. Dolfi Müller und Monika Hutter z.B. standen auf je zwei Dritteln der veränderten SGA-Listen; sehr viele Stimmen holten auch Brigitte Profos-Meier und Claudia Hess. SGA-WählerInnen panaschierten von den CVP- und FdP-Listen systematisch Frauen, Jungliberale und Christlichsoziale: Marietta Dierauer und Andreas Bossard erzielten hier am meisten Stimmen. Auch die beiden SVP-Frauen erhielten einige persönliche Stimmen, während die SVP-Männer sehr selten auf SGA-Listen figurierten.

Pointiert gesagt: Auf den eigenen Listen bevorzugten die SGA-WählerInnen die «Bewährten», auf den andern Listen hauptsächlich die Frauen.

Liste der Bunten: Die WählerInnen der Bunten bevorzugten KandidatInnen der SP- und SGA-Listen (Dolfi Müller auf fast zwei Dritteln und Dani Brunner auf mehr als der Hälfte der veränderten Bunten-Liste). Aber auch die bürgerlichen Frauen und einige CVP- und FdP-Männer schnitten

gut ab. Interessant ist aber, dass die Bunten mehr persönliche Stimmen von den Bürgerlichen erhalten, als sie an diese vergeben (zum Vergleich: Die SGA vergibt wenig persönliche Stimmen an die Bürgerlichen, erhält aber auch wenige von ihnen). Im Klartext: Die WählerInnen der Bunten stehen dem rotgrünen Spektrum näher als dem bürgerlichen.

Liste der SP: Die SP-WählerInnen unterstützten weniger konsequent die Frauen auf den bürgerlichen Listen, als dies die WählerInnen von SGA und Bunte taten. Auffallend ist zudem, dass der Anteil unveränderter Listen nirgends so hoch ist wie bei der SP (gefolgt von der SVP). Dies lässt auf eine parteitreue StammwählerInnenenschaft und eventuell auf eine gewisse Überalterung des SP-Elektorates schliessen. Von den SGA-KandidatInnen erzielten Sybilla Schmid, Daniel Brunner und Josef Lang (der letztere stand auf jeder zweiten veränderten SP-Liste) am meisten persönliche Stimmen.

Interessant ist auch das Abschneiden der SGA-KandidatInnen auf den SVP-Listen. Ausser Daniel Brunner konnte dort niemand eine nennenswerte Zahl persönlicher Stimmen holen. Dies widerlegt eindeutig die Behauptung, dass die SGA Stimmen an die SVP verloren hat, denn ehemalige SGA-WählerInnen, die heute SVP wählen, würden zumindest persönliche Stimmen an SGA-KandidatInnen abgeben.

■ *Reto Hunziker*

mus viel stärker Paroli geboten als beispielsweise in der Stadt Zürich. Vor allem gegen die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsnot und für die Frauenrechte waren wir sehr initiativ und präsent. Genau diese Arbeit hat unsere Hoffnung genährt, den allgemeinen Rechtstrend in Stadt und Kanton brechen zu können.

Spätestens im Wahlkampf mussten wir aber merken, dass es nicht so gut lief wie 1990; es fiel uns schwerer, unsere sozialen, ökologischen und feministischen Ideen zum Tragen zu bringen. Der Trend war stärker, als viele von uns das eingeschätzt haben. Unsere Arbeit und unser vielfältiges Wahlprogramm vermochten das nicht zu kompensieren. □

«Lehren ziehen!»

Kurzinterview mit Urs Kern, «Alt»-Kantonsrat der SGA-Baar

Bulletin: *In keiner Gemeinde hat Rotgrün so stark verloren wie bei den Gemeinderats- und Kantonsratswahlen in Baar. Wie erklärst Du Dir das?*

Urs: Ich sehe das Zusammenwirken zweier Faktoren: «hausgemachter» und externer. In Baar hat die SVP den in der Schweiz allgemein herrschenden Rechtstrend optimal umsetzen können, weil sie über verankerte Leute verfügt, die teilweise schon Erfahrungen in anderen Parteien gesammelt haben – z.B. ihr Wahlkampfleiter, der vor vier Jahren auf der FdP-Liste erfolglos für den Kantonsrat kandidiert hatte. Die SVP konnte mit Beni Langenegger das Bauernmilieu und mit Walter Steinemann das Gewerbemilieu abdecken und ihr Ständeratskandi-

dat stammt ebenfalls aus Baar. So hat es eine generelle Verschiebung nach rechts gegeben: Frühere Stimmen für die SGA sind an die SP gegangen, und frühere SP-Stimmen an CVP und FdP haben deren Verluste an die SVP gemildert. Das lässt sich auch an den Panaschierstimmen ablesen. Auf der SGA-Kantonsratsliste z.B. hat die SVP fast keine persönlichen Stimmen geholt.

Der «hausgemachte» Faktor ist die schwache politische Verankerung der SGA als Partei. Zwar sind unsere KandidatInnen als Einzelpersonen sehr bekannt, aber das genügt nicht, um unser eigentliches Stimmenpotential zu mobilisieren.

Bulletin: *Also kein Uster-Effekt?*

Urs: Doch, aber nur für die Liste, auf der Chnuschpi selber kandidiert hat. Die Regierungsratsliste hat ja nur geringe Einbussen erlitten. Hier hat sich natürlich die Herkunft aller KandidatInnen auf der RR-Liste po-

sitiv ausgewirkt: drei wohnen in Baar und Urs Birchler kommt aus Baar.

Bulletin: *Hat sich die gemeinsame Liste mit der SP gelohnt?*

Urs: Gelohnt hat sie sich insofern, dass die beiden Gemeinderatsitze trotz massiven Stimmenverlusten gehalten werden konnten. Auf der anderen Seite haben wir selber nicht profitieren können, sondern waren StimmenlieferantInnen für die SP. Unser oppositionelles Profil hat das sicher nicht gefördert. Zudem wurde so der Einzug einer Frau in den Gemeinderat verpasst.

Bulletin: *Wie geht es weiter?*

Urs: Wir dürfen uns durch diesen Rückschlag nicht auf den Boden drücken lassen, sondern müssen daraus Lehren ziehen. Die alternative Strömung, für die es in Baar einen Boden gibt, muss auch als politische Kraft aufgebaut werden. Daran gehen wir jetzt. □

Parteienstärken in Baar (WählerInnenanteil in %)

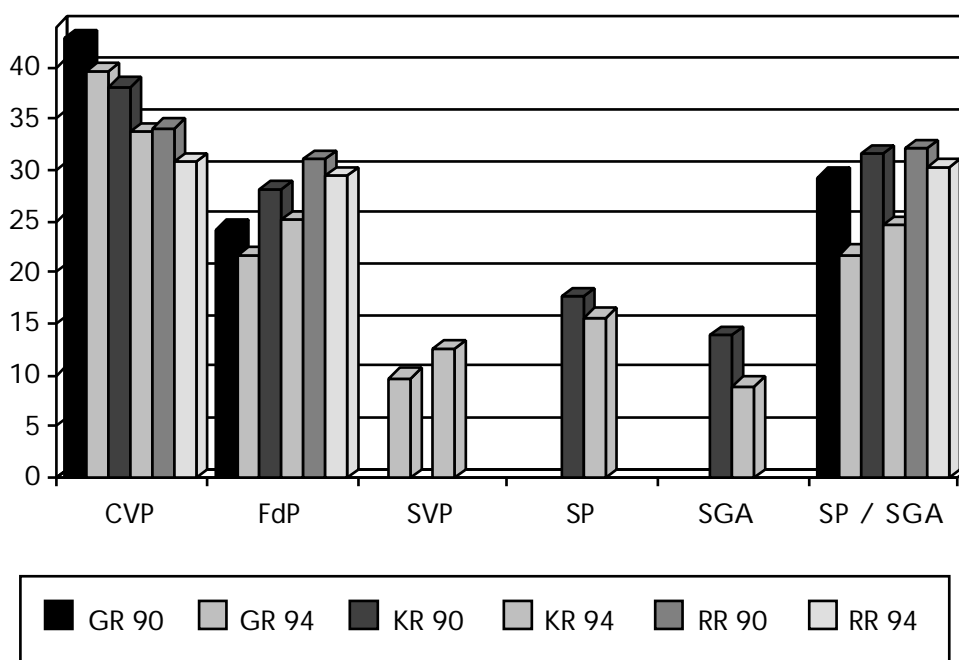


Abbildung 4

Verloren!?

Charles Meyer

Auf den ersten Blick gehört das Kritische Forum Cham zu den Verlierern bei dieser Wahl. Auch auf den zweiten Blick. Und erst beim dritten und vierten Hinsehen können wir sagen; Wow, es hat sich doch gelohnt. Aber beginnen wir von vorne. Wir haben unsere Gemeinderätin Jitka Röthlisberger nicht wieder ins Amt bringen können. Das schmerzt, und es hat für das KriFo Folgen, an die wir uns erst noch gewöhnen müssen. Auch wenn man uns immer wieder gesagt hat, dies sei vor auszusehen gewesen, so hatten wir doch gehofft, die StimmbürgerInnen würde die ersten turbulenten Jahre als Fehlritte der bürgerlichen Ratsmehrheit erkennen und honorieren, was Jitka in der zweiten Hälfte ihrer Amtsdauer erreicht hat.

Aber Volkes Stimme ist unerbittlich, wir haben es nicht geschafft, sie aus der Rolle des Sündenbocks herauszuholen. Aber wirklich verloren, und dies ist nun der zweite Blick, haben wir schon lange vorher. Ziel unserer kühnen Phantasie war es, die dreiköpfige CVP-Mehrheit im Chamer Gemeinderat zu knacken, indem wir zusammen mit der SP ein zweites Mandat für die Linken und die Alternativen erobern. Die Zeit dafür schienen günstig, die CVP hatte sich mit ihren Attacken längst in die Defensive begeben, schlug in Leserbriefen um sich und machte eine wankende Figur. Aber die SP war nicht zu begünstern, nicht für ein gemeinsames Foto mit Hans und Jitka, geschweige denn für einen witzigen und engagierten gemeinsamen Wahlkampf. An die Möglichkeit, zwei Sitze zu machen, glaubten sie ohnehin nicht.

Die CVP-Mehrheit war wirklich reif für einen Fall, aber der Apfel fiel leider in den Schoss der FdP. Nicht

unverdient, denn sie konnte mit ihren drei Kandidaten das in Szene setzen, was wir eigentlich gerne selber getan hätten: den Wechsel. Nun ist also zumindest der Wechsel herbeigeführt, was uns zu den helleren Seiten dieses Wahlergebnisses führt.

Freude haben wir auch gehabt über die Wahl von Daniel Camenzind, dem 23jährigen Wirtschaftsstudenten, in die Rechnungsprüfungskommission. Grosse Freude auch über den Kantonsratsitz von Jeannette Ackermann, unserer Präsidentin. Ihr Mandat wird uns in die kantonalen Fragen hineinführen, was uns, rückwirkend auf die Gemeinde, neuen Stoff und eine bessere Übersicht bringt. Nach dem fulminanten Start vor vier Jahren und dem Taucher bei der jetzigen Wahl gilt es nun, unsere ExponentInnen gut aufzubauen, damit ihre Qualitäten zum Zuge kommen und wir in vier Jahren wieder so dastehen, wie wir uns eigentlich fühlen: lustvoll, kämpferisch, erfolgreich. □

Parteienstärken in Cham (WählerInnenanteil in %)

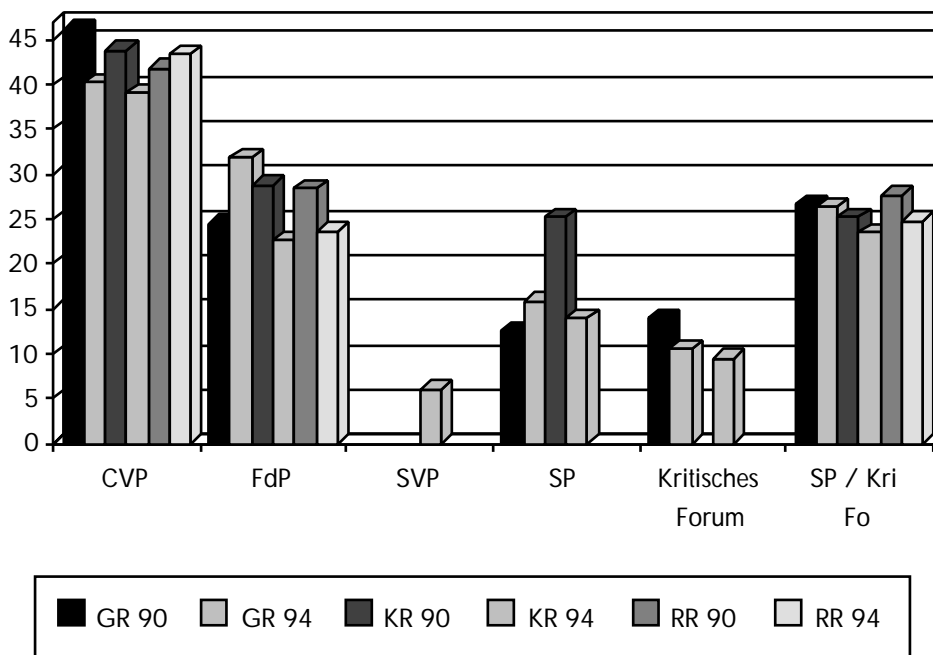


Abbildung 5

Parteienstärken in Steinhausen (WählerInnenanteil in %)

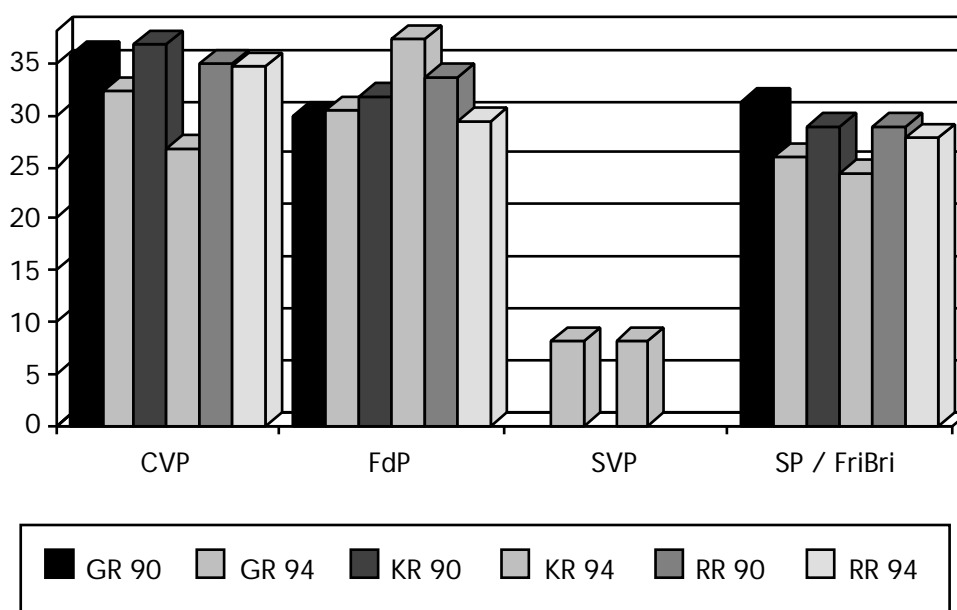


Abbildung 6

«Noch transparenter und phantasievoller»

Kurzinterview mit Toni Kleimann, dem alten und neuen Kantonsrat der Frischen Brise Steinhausen

Bulletin: *Ihr habt einen Gemeinderatssitz verloren und auch bei den kantonalen Wahlen Stimmanteile eingebüsst. Wie erklärst Du Dir das?*

Toni: Die Frische Brise hat bei zwei lokalen Themen kurz vor den Wahlen sehr unglücklich operiert. Bei der Dreifach-Turnhalle haben wir die Bedürfnisse zu wenig abgeklärt und mit einem Zufallsmehr die Nein-Parole herausgegeben. Das hat uns bei den betroffenen Vereinen einiges an Sympathie gekostet. Bei der Bach-Freilegung, die zu wenig durchdacht war, ging der Schuss an der Gemeindeversammlung «hinden use». Und weil

halt die FdP sich leicht steigern konnte, haben wir den einen GR-Sitz verloren. Obwohl die Enttäuschung über Agathes Nichtwahl sehr gross war, muss auch gesagt werden, dass ihr persönliches Resultat im direkten Vergleich mit dem bisherigen Ernst Ineichen ausgezeichnet ist: Nur 40 Stimmen haben gefehlt.

Sehr zufrieden sind wir mit dem Ausgang der Kantonsratswahlen, wo die Frische Brise sich nochmals mobilisiert hat und unsere beiden KandidatInnen komfortabel gewählt worden sind.

Bulletin: *Haben sich die gemeinsamen Listen mit der SP gelohnt?*

Toni: Schwer zu sagen. Rotgrün hat ja fast überall Anteile verloren, ob getrennt oder gemeinsam marschiert wurde. Es gibt Stimmen bei uns, welche das Zusammengehen mit der SP kritisch hinterfragen, weil sie in Steinhausen sehr wenig

aktiv ist. Da sähen wir gerne eine lebendigere SP.

Bulletin: *Was sagst Du zum Resultat der SVP?*

Toni: Frag sie selber! Na ja, sie haben im Vergleich zu anderen Gemeinden nicht gut abgeschnitten. Dies, obwohl sie «populäre» Kandidaten hatten. Aber fachlich wurde ihnen offenbar nicht allzuviel zugeutraut. Ich denke, sie werden ziemlich enttäuscht gewesen sein, weil sie doch mit je einem Sitzgewinn gerechnet haben.

Bulletin: *Wie geht's weiter, ohne Frische Brise im Gemeinderat?*

Toni: Wir lassen den Kopf nicht hängen und werden in Zukunft noch transparenter und phantasievoller intervenieren. Neben dem Hurrilibus werden wir nun gezielter publizistisch auf die Gemeindepolitik Einfluss nehmen. In vier Jahren ist die FriBri wieder im Gemeinderat! □

2 + 2 = GLEIS 3

Präsidium Gleis 3

Die Schlagzeile der Rischer 94er-Wahlen ist bekannt, aber so erfreulich, dass sie noch manchmal wiederholt werden darf: Gleis 3 erhält im Gemeinde- und im Kantonsrat überraschend je 2 Sitze. Dass es um diese beiden Sitze zu offenen Nachwahlen kommt, zu denen wiederum alle Parteien antreten können, ist ärgerlich, recht ärgerlich sogar. Aber die Freude über unsern Erfolg kann uns GleiserInnen diese Tatsache nicht nehmen.

Worin besteht dieser Erfolg? Gleis 3 hat der erstmalig antretenden SVP bei den Gemeinderatswahlen am wenigsten Stimmen abgeben müssen (-1.5%; CVP -3.4%, FdP -6.4% gegenüber vor vier Jahren). Erstmals konnten wir von den Ge-

meinde- zu den Kantonsratswahlen den Anteil der Listenstimmenprozente ganz leicht erhöhen. Daniel Zülle hat bei den Gemeinderatswahlen nur ca. 50 Stimmen hinter dem CVP-Vizepräsidenten die zweithöchste persönliche Stimmenzahl erreicht. Auch Anne Ithen hat bei ihrem erstmaligen Antreten bei den Kantonsratswahlen rund 350 Stimmen von andern Listen gutschreiben können, oder anders gesagt, sie hat von allen antretenden KandidatInnen das drittbeste Resultat erzielt. Und last but not least: Gleis 3 ist in der Gemeinde Risch zur zweitstärksten politischen Kraft geworden.

In den Nachwahlen für den Gemeinderat vom 4. Dezember hielt der Gleiser-Trend an: Das absolute Mehr erreichte keine der KandidatInnen. Unsere Kandidatin Hanni Schriber-Neiger legte auf Kosten der CVP-Kandidatin im Vergleich zu den Listenstimmen an den normalen Ge-

meinderatswahlen über 5% zu und erreichte mit nur 21 Stimmen Rückstand den 2. Platz. Martin Bosshard-Nägeli, unser zweiter Kandidat für den Kantonsrat, wird es in den Nachwahlen sicher schwerer haben, weil hier die bürgerliche Unterstützung für einen CVP-Kandidaten vermutlich besser zum Spielen kommen wird als in den Wahlen zum Gemeinderat.

Das ganze Drum und Dran bei diesen Nachwahlen kostet uns alle viel Kraft, Aufwand und Geld, bringt aber ungeheuer viel. Wir GleiserInnen haben seit dem 12. November die Erfahrung gemacht, dass wir WählerInnenschichten ansprechen und teilweise auch überzeugen konnten, die wir in den normalen Wahlen nie erreicht hätten. So können wir schon heute sagen, dass sich die Nachwahlen für uns sehr lohnen, selbst wenn wir den zweiten Sitz im Gemeinde- und Kantonsrat nicht halten könnten. □

Parteienstärken in Risch-Rotkreuz (WählerInnenanteil in %)

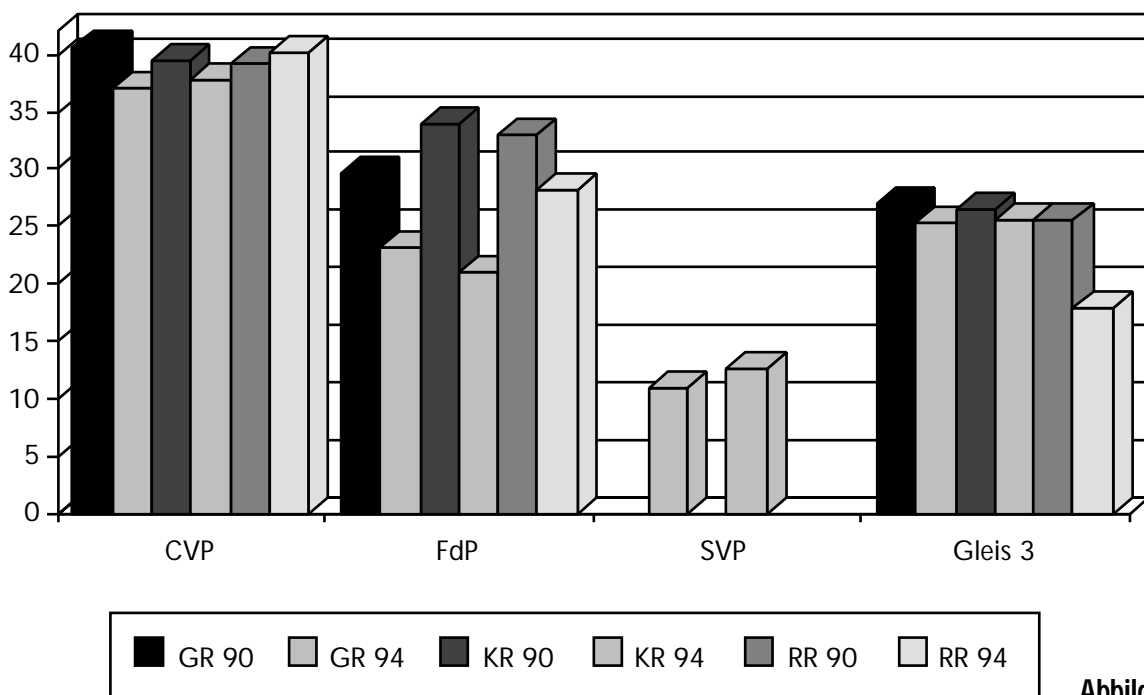


Abbildung 7

Gestern arbeitslos – heute «Holzwespe»

Zum Stempeln und zur steten Suche nach unbefriedigenden Jobs gibt es eine Alternative: Die Arbeitslosenkasse begleitet über den privaten Verein für Arbeitsmarktmaßnahmen (VAM) Arbeitslose zur beruflichen Selbständigkeit. Im September startete ein Pilotkurs in Zug unter dem Titel «Heute arbeitslos ... morgen selbständig», der noch bis Ende Januar 1995 dauert. Bringt dieser Kurs, was er verspricht? Serena Wächter aus Baar, die daran ist, eine eigene Schreinerei aufzubauen, schildert ihre Eindrücke.

Serena Wächter*

«Ich hatte schon länger ein vages Gefühl, das sich mit der Zeit klar als Wunsch nach Selbständigkeit herauskristallisierte. In fast all die Jobs, die ich in verschiedenen Schreinereien antrat, habe ich irgendwo nicht hineingepasst: Ob das der Fall war, weil ich eine Frau bin, kann ich nicht beurteilen, denn ich war schon immer eine. Ich will mich nicht zu einem Arbeitsrhythmus zwingen lassen, den ich nicht als menschlich empfinde. Aber ich liebe meinen Beruf und will ihn nicht aufgeben: Wenn mich niemand fördern will, fördere ich mich halt selber!

Während meiner Arbeitslosigkeit habe ich vom Berufsinformationszentrum bis zur «Kontaktstelle Frau und Beruf» vorbeigeschaut und nach Unterstützung oder Informationen für den Aufbau einer selbstständigen Tätigkeit gesucht. Beim VAM wurde ich schliesslich fündig: Dort hat sich der Leiter Oscar Weibel mit mir hingestellt und erst einmal abgeklärt, wie ernst es mir ist. Nachdem ich ihm eine Konzeptskizze mit meinen Vorstellungen zum unternehmerischen und finanziellen Rahmen einer eigenen Schreinerei vorgelegt hatte, meldete er mich für den Kurs «Heute arbeitslos ... morgen selbständig» an.

Wir waren achtzehn PionierInnen, die unter der Anleitung eines Unternehmensberaters und eines Psychologen zuerst einmal drei Tage lang «Aufbau- und Ausmistarbeit»



«Arbeitslose fahren Velo.»

■ Bild Bulletin

betrieben: Ausgemistet wurden z.B. naive Vorstellungen über Geldbeschaffung und sagenhafte Marktlücken. «Vom Kunden her denken» mussten nun eine zukünftige Reinigungs-Organisatorin, ein Journalist, ein Masseur, ein Velokurier, eine Coiffeuse, ein Desktop-Publisher etc. Die einen haben im Verlaufe des Kurses sich bereits von der Arbeitslosenkasse abmelden können, ein paar haben gemerkt, dass das nicht das Richtige für sie ist und wieder einen Job gefunden. Und andere «spulen» noch immer beharrlich für ihre Selbständigkeit und auch noch für die Arbeitslosenkasse.

A propos «spulen»: Die «Selbstständigen» werden von der Kasse während eines halben Jahres für die Schaffung ihres neuen Arbeitsplatzes unterstützt. Ganz ohne Sand im Getriebe geht das aber nicht: Alle KursteilnehmerInnen müssen sich weiterhin bewerben, weiterhin zum Stempeln und zur Kontrolle zum KIGA gehen. Weil du annimmst, dass die Ämter zusammenarbeiten, kann es zu Komplikationen kommen, z.B. Taggeldkürzungen usw.

So kommt es, dass ich im Kurs lerne, effizient und marktorientiert zu arbeiten und dann aber wöchentlich mehr als einen Tag der Arbeitslosenkasse opfern muss. Aber immerhin unterstützen sie die anderen und mich und bieten uns mit dem VAM und dem Selbständigkeitskurs einen wichtigen Einstieg in die Selbständigkeit und in einen neuen Lebensabschnitt. Wünschenswert wäre es, man würde den «Selbständigen» eine Zeitlang ein festes Einkommen garantieren und sie dabei «in Ruhe lassen».

Vorläufig gehe ich noch alle paar Freitage nach Cham in die Lorzenhalle, um mit den anderen «Selbständigen» über unsere Fortschritte, Probleme und Lösungen zu reden. Ich habe gute Bekanntschaften geschlossen, und wir helfen uns gegenseitig. Z.B. hat mir eine Kurskollegin Buchhaltungs-Nachhilfe gegeben. Ich hoffe, mich im nächsten Jahr endgültig von der Arbeitslosenkasse abnabeln und von meinen Aufträgen leben zu können. Arbeit habe ich in meiner Werkstatt in Baar-Blickensdorf nämlich schon reichlich, nur fehlt mir noch Investitionskapital für zusätzliche Maschinen. Aber die «Holzwespen» – so heisst meine Firma, die ich bald formell gründen werde – werden's mit Zuversicht, Geduld und dank umweltbewusster Kundinnen und Kunden, die Vollholzmöbel und sorgfältige Arbeit schätzen, schon schaffen. So könnte Arbeit Spass machen!» □

* Ghostwriterin Gisela Hürlimann

Vor der zweiten Amtsperiode

Die Wahlen sind vorbei: Die Arbeit ist geblieben, auf der Direktion, im Regierungsrat, aber auch in der SGA. Der Regierungsrat hat am 5. Dezember 1994 die Direktionen zugeteilt: Hanspeter Uster bleibt in der Justiz- und Polizeidirektion. Somit kann er dort seine Arbeit weiterführen. Wie sieht aber sein Rückblick auf die letzten Wochen aus?

Hanspeter Uster

Nach dem Tötungsdelikt in Zollikerberg im November 1993 setzte das Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz eine Arbeitsgruppe unter meinem Vorsitz ein. Anders als der von Moritz Leuenberger eingesetzten Arbeitsgruppe, die von Staatsanwalt Bertschi präsidiert wurde, ging es uns nicht darum, möglichst rasch einen Bericht mit möglichst harten Schlussfolgerungen abzuliefern; unser Ziel war es vielmehr, die ganze Problematik umfassend abzuklären und Schlussfolgerungen zu präsentieren, die in der Praxis Bestand haben. Am 12. Oktober 1994 legten wir unseren Bericht vor, und am 10. November nahm die Konkordatskonferenz zustimmend davon Kenntnis.

Normalstrafvollzug hat sich bewährt

Die Arbeitsgruppe hält klar fest: Der Strafvollzug hat sich in den allermeisten Fällen bewährt. Es ist falsch, Resozialisierung und Schutz der Öffentlichkeit gegeneinander auszuspielen. Wenn es die schrittweise Wiedereingliederung nicht gäbe, würden Straftäter nach jahrelangem Gefängnisaufenthalt völlig unvorbereitet herauskommen – und mit grösster Wahrscheinlichkeit scheitern. Anders sieht es für die gesamtschweizerisch rund 50 als gemeingefährlich einzustufenden Straftäter aus; für sie müssen besondere Vollzugseinrichtungen geschaffen werden, wosie the-



Nach dem «10 vor 10»-Beitrag über Hanspeter Uster verglich ein Leserbriefschreiber unseren Regierungsrat mit Silvio Berlusconi: Beide würden die Medien beherrschen. Offenbar geben solche Vergleiche auch dem Cavaliere Berlusconi zu denken ...

■ Bild: Reuter

rapeutisch betreut werden, wo aber auch der Schutz der Öffentlichkeit gewährleistet ist. Damit dies geschehen kann, braucht es eine vorgezogene Änderung des Strafgesetzbuches einerseits und entsprechende bauliche Massnahmen für geschlossene Abteilungen mit psychiatrisch-therapeutischer Betreuung andererseits.

Grosse Anstrengungen unternahm unsere Arbeitsgruppe, um taugliche Kriterien zu definieren, wer überhaupt gemeingefährlich ist. Wir

erarbeiteten einen detaillierten Kriterienkatalog. Dieser kann und darf aber nicht im Multiple-choice-Verfahren ausgefüllt werden. Er ist lediglich eine Denkhilfe und ermöglicht, einzelne Straftäter zu überprüfen, ob gewisse Anzeichen auf Gemeingefährlichkeit vorliegen; ist dies der Fall (z.B. bei der Deliktsart, wegen Rückfall oder bei bestimmten psychiatrischen Merkmalen), sollte anhand des Kriterienkatalogs ein Alarmlämpchen aufleuchten. Das heisst aber

nicht, dass dann die Gemeingefährlichkeit schon bewiesen wäre; es bedeutet lediglich, dass der Fall näher untersucht und ein psychiatrisches Gutachten eingeholt wird.

Gutes Echo

Das Echo in der Presse war positiv; Der Tages-Anzeiger verglich unseren Bericht mit dem Bericht Bertsch und wies auf die wohltuende Nüchternheit hin. Auch LNN/ZN erachteten den Bericht als gutes Mittel im schwierigen Spannungsfeld zwischen humanem Strafvollzug und Schutz der Öffentlichkeit. Kritischer war die Wochenzeitung (WoZ); sie fragte sich zu Recht, wie unser Bericht und vor allem der Kriterienkatalog in der täglichen Praxis angewendet wird, und befürchtete, dass auch nicht gemeingefährliche Straftäter psychiatrisiert und während Jahren «versorgt» würden. Dieser Gefahr kann durch geeignete Kontrollmassnahmen und durch den Einbezug von aussenstehenden Dritten (vor allem von amtlichen von AnwältInnen als Vertretung der Betroffenen) begegnet werden. Bei der Umsetzung unseres Berichts sind weiterhin eine kritische Öffentlichkeit und hartnäckige Medien gefragt; nur sie schaffen letztlich Transparenz und damit den nötigen Druck auf die Behörden.

Kein Gesetz für die Innere Sicherheit

Ende September war ich in Zürich an eine Tagung eingeladen, die unter anderem von der Offiziersgesellschaft mitorganisiert war. Thema waren Sicherheit und Aussenpolitik sowie, einmal mehr, die Innere Sicherheit. Thema meines Referates war die Frage, ob Innere Sicherheit mit dem neuen Staatsschutzgesetz gewährleistet würde. Weitere Referenten zu Fragen des geplanten Staatsschutzgesetzes waren der Chef der Bundespolizei, Urs

von Däniken, sowie Professor Rainer Schweizer. Während vor allem von Däniken einen grossen Bedarf für einen griffigen Staatsschutz sah, wies ich auf die Fragwürdigkeit von Vorfeldermitteilungen hin; ich skizzierte die Praxis des Kantons Zug, Informationsersuchen des Bundes nur dann zu bearbeiten, wenn ein Verdacht auf ein konkretes Delikt vorliegt. Blosser Personenüberprüfungen, ohne dass ein Delikt vermutet wird, werden bei uns nicht bearbeitet. Ein neues Gesetz ist, angesichts der vielen Möglichkeiten, die das heutige Strafgesetzbuch bereits bietet, aus liberaler Sicht unnötig; diese Aussage führte zu einem gewissen Unbehagen bei den vielen im Saal anwesenden Freisinnigen. Schliesslich: Innere Sicherheit kann nicht durch ein Gesetz geschaffen werden. Entscheidend sind vielmehr soziale Sicherheit, Solidarität und Gleichstellung von Frau und Mann.

Sowohl bei den TamillInnen wie auch bei bei Asylsuchenden aus Kosovo ist eine Wegweisung nicht möglich, so lange das betreffende Konsulat keine Papiere liefert; das dauert zwischen 5 bis 12 Monaten oder noch länger. Zu betonen ist: Dass es so lange geht, liegt nicht an den Asylsuchenden, sondern an den entsprechenden Konsulaten. Das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) hält zwar fest, dass eine Ausreise auf das von ihm angesetzte Ausreisedatum objektiv nicht möglich ist. Es beharrt aber darauf – entgegen dem Wortlaut des Asylgesetzes –, dass die Arbeitsbewilligung der Betroffenen dennoch nach diesem – nicht vollziehbaren – Ausreisedatum erlöscht. Das führt dazu, dass diese Menschen, obwohl sie arbeiten könnten, fürsorgeabhängig werden. Das bringt nichts; deshalb erlöscht im Kanton Zug die Arbeitsbewilligung erst dann, wenn die Ausreise tatsächlich möglich ist. In denjenigen Kantonen, die gemäss Praxis des BFF verfahren, tauchen

viele der Betroffenen unter, obwohl sie noch gar nicht ausreisen müssten, weil ihnen mit der Arbeit die letzte Perspektive genommen wird. Das ist wohl auch der wahre Grund der BFF-Praxis: die Menschen zum Untertauchen zu bringen. Eine seltsame Haltung des Bundes, der genau dieses Untertauchen dazu benützt hat, das Zwangsmassnahmengesetz durchzupauken ...

Eventuelle Lettenräumung – und Zug?

Wenn der Letten im Februar 1995 allenfalls geräumt wird – und einiges spricht dafür –, dann müssen wir uns jetzt schon überlegen, was das für Zug bedeutet. Ich habe deshalb anfangs Dezember bei Urs Birchler die Einsetzung einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe dringend angeregt; denn wir müssen uns auf verschiedene Szenarien vorbereiten. Entscheidend ist aber nicht die polizeiliche Sicht; denn es wird nichts bringen, Drogenabhängige am Abend zu verhaften und am anderen Morgen wieder freizulassen. Entscheidend ist, dass wir Überlebenshilfe (Wohnung, Nahrung, Arbeit) anbieten können. Und noch dringender ist die Umsetzung der ärztlich kontrollierten Heroinabgabe; anfangs Oktober bereits hat der Bundesrat grünes Licht dafür gegeben. Bis Redaktionsschluss gibt es aber noch immer keine Kantonsratsvorlage, obwohl viele Fragen (Personal, Räumlichkeiten etc.) im voraus schon hätten geklärt werden können. Die entsprechende Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von R. Aeschlimann hat das letzte Mal am 26. Januar 1994 getagt... Im besten Fall wird die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe an 25 Süchtige im Spätsommer 1995 starten können. Das ist schade: schade insbesondere für die Betroffenen, schade aber auch für die Drogenfrage im Kanton Zug. □

Ende Feuer . . .

Die Alternative Fraktion war auf das Ende der Legislaturperiode hin nicht mehr in Höchstform. Ermüdungserscheinungen und Wahlstress forderten ihren Tribut. Einige Gelegenheiten für flammende Voten wurden ausgelassen. Aus diesen Gründen wird auch dieser Kantonsratsbericht eher kurz ausfallen.

Sybilla Schmid

An der Sitzung vom 29. September wurde die Spitalplanung in 2. Lesung endgültig verabschiedet. Obwohl zwischen der 1. und der 2. Lesung das Projekt AMI-Klinik in Cham Gestalt angenommen hatte, änderte das nichts an den bereits getroffenen Entscheidungen des Kantonsrates. Die Schreiberin warf noch einmal die Frage einer Volksabstimmung auf, weil sie der Ansicht war, dass weder das Parlament noch die privaten Trägerschaften der Spitäler das Recht hätten, den Volkssentscheid für vier Spitäler zu ignorieren.

Doch als der Sanitätsdirektor, Urs Birchler, im Namen des Regierungsrates den Antrag für ein Behördenreferendum stellte, wurde dieser gegen die Stimmen der Alternativen Fraktion und vereinzelte weitere Stimmen deutlich abgelehnt.

Zug – ein teures Pflaster

Beim Kantonsratsbeschluss betreffend Wirtschaftspflegemassnahmen kam ich erneut zu Wort. Ich hatte zwar nichts gegen den Kantonsratsbeschluss einzuwenden, denn ein Wettbewerb zugunsten der Erhaltung oder der Schaffung von Arbeitsplätzen ist mir alles andere als ein Dorn im Auge.

Aber die Art, wie uns die Wirtschaftspflege verkauft wurde, störte mich. Mir fehlte im Bericht



Einmal mehr wurde ein Volkssentscheid – das Ja zu vier Spitälern – ignoriert.

■ Bild Bulletin

eine Analyse der Ursachen des Arbeitsplatzabbaus im sekundären Sektor des Kantons Zug. Zwischen 1980 und 1990 ist es im Bereich Industrie und Gewerbe, insbesondere in der Stadt Zug, zu einem dramatischen Einbruch gekommen. Ganze 3142 Arbeitsplätze wurden in diesem Bereich abgebaut. Die Industriesatelliten in den Aussengemeinden konnten diesen Verlust durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze zwar ausgleichen, aber es zeichnet sich ab, dass die Stadt Zug ein zu teures Pflaster für die industrielle Fertigung und für das Gewerbe geworden ist.

Ob die Stadtplanung diese Entwicklung verstärkt, vor allem durch die neu erlaubte hundertprozentige Büronutzung des L&G-Areals, diese Frage liess ich im Raum stehen, worauf prompt FDP-Stadtrat Ernst Moos reagierte. Er war mit meinen Überlegungen ganz und gar nicht einverstanden.

Hanspeter Uster im Mittelpunkt

An dieser Sitzung stand unser Regierungsrat, Hanspeter Uster, zweimal mit eigenen Gesetzesvorschlägen im Mittelpunkt. Das Gesetz über den Feuerschutz war durch die vorberatende Kommission zwar

«verbessert» worden, doch diese Änderungen bereiteten «Chmuschi» keine Bauchschmerzen. Zwar sind nun auch Frauen ersatzpflichtig, das heisst, wer nicht Feuerwehrdienst leistet, muss eine Ersatzabgabe leisten. Doch alle Mütter von Kleinkindern und von Kindern in Ausbildung sind entlastet, sowohl vom Dienst als auch von der Ersatzabgabe.

Ausserdem besteht für Frauen neu auch das Recht zum Feuerwehrdienst, und zwar auf allen Hierarchiestufen. Selbst als Feministin kann ich an diesem neuformulierten Gesetz nicht viel aussetzen, genügt es doch inhaltlich, aber auch sprachlich dem Gleichstellungsgedanken. Die Frauen werden im Gesetz sprachlich konsequent berücksichtigt, was den Unmut einiger Kantonsräte erregte.

Bei der Behandlung des Polizeigesetzes konnte Hanspeter Uster ebenfalls auf Schützenhilfe seitens der Alternativen Fraktion verzichten. Knapp zwar nur obsiegte der von ihm gestützte Antrag des Regierungsrates zur Finanzierung der Kantonspolizei durch die Gemeinden. Vor allem Vertreter der Berggemeinden wollten kleinere Beiträge bezahlen.

Drogendebatte

An der letzten Kantonsrats-sitzung der zu Ende gehenden Legislaturperiode, am 3. November, stand das neue Drogenkonzept im Mittelpunkt. Die meisten Redner und Rednerinnen, die während der Drogendebatte das Wort ergriffen, waren für eine harte Linie gegenüber den Drogensüchtigen. Martha Hitz, damals noch Ständeratskandidatin der CVP, setzte sich vehement für eine abstinenzorientierte Drogenpolitik ein.

Nicht so Urs Kern. Er kritisierte die im Konzept mehrmals erwähnte

Leitplanke des suchtfreien Lebens als unrealistische Zielvorgabe. Ein adäquater Umgang mit der Sucht wäre seiner Meinung nach ein viel tauglicheres Ziel gewesen. Weiter bemängelte Urs die unzureichende Vorbereitung des Kantons auf die zu erwartende Räumung des Letten-Areals in Zürich. Doch stellte auch er keinen Antrag auf Nichteintreten. So wurde das Drogenkonzept in erster Lesung ohne grosse Änderungen durchberaten. Dass anschliessend das Personalbegehren der Sanitätsdirektion, betreffend die Anstellung eines Drogendelegierten, auf Antrag der Staatswirtschaftskommission hin abgelehnt wurde, zeigte die wenig konsequente Haltung des Kantonsrates.

Jetzt muss irgendwo in der Verwaltung eine andere Stelle abgebaut werden, damit das Drogenkonzept umgesetzt werden kann, obwohl es sich doch bei der Stelle eines Drogendelegierten eindeutig um eine neue, zusätzliche Aufgabe handelt, die nicht der Personalplafonierung untersteht.

Toni Kleimann als Handlanger?

Ziemlich zu reden gab zu Beginn der Nachmittagssitzung die Interpellation von Toni Kleimann, die Fragen zu den Reisen und den Entschädigungen von Finanzdirektor Urs Kohler (FdP) im Rahmen seiner Vorstandstätigkeit in der Interkantonalen Landeslotterie aufwarf. Die Interpellationsantwort machte den Fragesteller zum Angeklagten. Toni wurde vorgeworfen, als Handlanger eines «Sonntags-Zeitungs»-Journalisten gehandelt zu haben.

In seiner Stellungnahme wehrte sich Toni Kleimann gegen diese Verunglimpfung. Weiter stellte er auch klar, dass er nicht gegen die Landeslotterie sei. Auch habe er dem Finanzdirektor nicht vorgeworfen, den Buchstaben des Geset-

zes nicht eingehalten zu haben. Doch er betrachte es als seine Pflicht, die Regierungstätigkeit kritisch zu begleiten.

Einige Kantonsräte griffen Toni heftig an. Hingegen wurden die Auswirkungen der Interpellation auf die Familie des Finanzdirektors fast zu einer Familientragödie hochstilisiert. Ich stellte mich schützend vor Toni und kritisierte das offensichtlich vorherrschende Harmoniebedürfnis der Mitglieder des Rates, das aber nur gegenüber dem scheidenden Regierungsrat Urs Kohler spiele, nicht aber ihm gegenüber. Dass ein Kantonsrat, der sich sein Recht nimmt, eine Interpellation zu machen, dermassen angegriffen wird, gehört zum schlechtesten Ton. Dabei hatte der Bericht in der «Sonntags-Zeitung» förmlich nach einer Antwort geschrien. Eigentlich hätte Urs Kohler froh darüber sein können, dass er durch die Interpellation Gelegenheit bekommen hatte, diese Fragen in einem offiziellen Rahmen zu beantworten.

Doch der Gegensatz zwischen einem sparsamen Finanzdirektor und einem Landeslotterie-Spesenritter, vereinigt in ein und derselben Person, tat weh. Das Selbstbild einiger Herren kam etwas ins Wanken, was die überaus heftige Reaktion der Regierung und einiger sparsamer bürgerlicher Kantonsräte zum Teil erklären mag.

Brisante Interpellation

Dass die neueingereichte, hochbrisante Interpellation von Arlene Wytenbach, betreffend neue Situation für Stadttunnel und Ost-West-Verbindung, vor den Wahlen nicht mehr beantwortet wurde, erstaunt nicht, muss sich doch der Baudirektor, Paul Twerenbold (CVP), einiges dazu einfallen lassen, wie er uns dieses Grossprojekt doch noch verkaufen könnte. □

Wahlversprechen oder Wahlversprecher?

Nach drei Legislaturperioden im Stadtparlament wechselt Josef Lang in den Kantonsrat. In seinem letzten Bericht aus dem Grossen Gemeinderat berichtet er über undemokratische Praktiken und einen Teilerfolg.

Josef Lang

Das Ende meiner 12jährigen Gemeinderatsarbeit stand im Zeichen einer Niederlage: Wir haben die Stadtplanungs-Abstimmung im Verhältnis von 45:55 verloren. Im Stadtparlament selber waren wir bei der Schlussabstimmung im Verhältnis von 40: 60 unterlegen. Dies widerlegt jene Bürgerlichen, die immer wieder behauptet hatten, unsere Haltung würde in der Bevölkerung nicht verstanden.

Kein Respekt für Minderheit

Die Niederlage an der Urne enttäuscht mich, aber ich kann mit ihr leben. Viel mehr getroffen hat mich die als «Abstimmungsvorlage» getarnte Propagandaschrift des Stadtrates für die bürgerliche Stadtplanungsvorlage. Inhaltlich strotzte das hauptsächlich vom Stadtarchitekten Friedrich Paul Wagner verbrochene Produkt von Fehlern und Halbwahrheiten. Formell widersprach es einem Gemeinderatsbeschluss, wonach bei fakultativen Referenden, und dazu gehört das Behördenreferendum zweifelsfrei, der Opposition Platz eingeräumt werden muss. Verletzt hat mich das damit verbundene Verleugnen von 16 der 40 Ratsmitglieder und 5 der 11 VertreterInnen in der Bau- und Planungskommission (BPK). Vor allem diese, ich gehöre nicht zu ihnen, haben in den letzten drei Jahren unheimlich viel Arbeit und Energie in die Stadtplanung gesteckt, und

das zu einem Lohn, der das Xfache tiefer ist als der eines Stadtrates oder eines Stadtarchitekten.

Mir ist es schleierhaft, wie der städtische Rechtsberater Hans Hagmann öffentlich behaupten konnte, die Opposition käme sehr wohl zu Wort, und den Stadtrat mit dem rechtlich absolut unhaltbaren Argument beruhigte, die vierfarbige Werbeschrift widerspräche dem erwähnten Gemeinderats-Beschluss nicht. Enttäuscht bin ich von Eusebius Spescha, formell immerhin Chef des erwähnten Stadtarchitekten, dass er ein solches ebenso teures wie verlogenes Machwerk erstens durchgehen liess, zweitens inhaltlich und formal verteidigte und drittens nachträglich zwar ein paar Farbfehler, aber nicht offensichtliche Rechenfehler berichtigen liess. Seine vor der Abstimmung gemachte und nachher wiederholte Beteuerung, als Bauchef, der über die Stadtplanung alles andere als glücklich war, sei es ihm vor allem um die sachliche Information gegangen, wirkt angesichts des 60'000fränkigen Luxusdrucks wie ein Hohn.

Eine andere, allerdings wenig schmerzliche, weil irgendwie typische Enttäuschung erlebte ich an der drittletzten Gemeinderatssitzung im Zusammenhang mit meiner Motion für sinnvolles Sparen bei der Seufergestaltung. Auf dem grossen Stadtratspodium vom 18. Oktober hatten sich alle KandidatInnen von dem sich im Bau befindlichen Projekt distanziert. Kurz darauf hatten die drei Stadtpräsidentenskandida-

ten in einem ausführlichen Zuger-Zeitungs-Interview nachgedoppelt. Die WählerInnen mussten annehmen, dass die Kandidierenden und ihre Parteien zur Einsicht gekommen seien, dass das überrissene Projekt redimensioniert werden müsste.

Neun Tage nach den Wahlen war von der Sparvernunft nichts mehr zu spüren. Der einzige Stadtratskandidat, der ausdrücklich zu seinen damaligen Aussagen stand, war Christoph Luchsinger. Der Bauchef schob seine kritischen Aussagen, die ich selbst gehört hatte, dem Zuger-Zeitungs-Journalisten in die Schuhe. Und die Aussage «Das Projekt entspringt der Euphorie der achtziger Jahre» durfte plötzlich nicht mehr als Distanzierung verstanden werden, «schliesslich ist Euphorie nichts Negatives». Bürgerliche Parteisprecher sagten, Aussagen von offiziellen SprecherInnen auf Podien dürften «nicht so genau» genommen werden. Es bleibt noch die berechtigte Hoffnung, dass die drei Alt-Stadtpäsidentenskandidaten, welche in der neuen Exekutive die Mehrheit bilden, ihre Wahlversprechen einhalten.

Teilerfolg bei der Pensionskasse

Meinen letzten Gemeinderats-Bericht will ich nicht nur Niederlagen widmen. Es gibt auch von Teilerfolgen zu erzählen. Der wichtigste betrifft die Pensionskasse fürs städtische Personal. Unserem Engagement, vor allem dem von Daniel Brunner, ist es zu verdanken, dass einige Verbesserungen erreicht wurden. □

Ernüchterung bei der SVP. Dort wird jetzt erst mal verdaut. Erstes Resultat ist ein SVP-Seminar zu den Themen:

- «Wie mache ich mit einem Maximum an Listenstimmen ein Minimum an Sitzen.»
- «Wie bei den Wahlen in vier Jahren mit Majorzwahlsystem und bürgerlicher Einheitsliste die Rotgrünen überall aus den Exekutiven geworfen werden können.»

✱

Am Ständeratspodium hat sich U.B. Wyss deutlich für eine suchtfreie Schweiz ausgesprochen. Verbreitetes Schmunzeln im Saale. Wunderte sich später ein Ausenstehender: «War er nüchtern, als er das sagte?...»

✱

Für den Lacher des Abends sorgte beim gleichen Thema die Ex-CVP-Kandidatin und Kämpferin für eine suchtfreie Schweiz, Martha Hitz: angesprochen von Beat Holdener auf die Vielfältigkeit der Süchte in der Schweiz - z.B. auch der Workaholismus, behauptete sie allen Ernstes, an zuviel Arbeit sei in der Schweiz noch niemand gestorben!

✱

Stress, aber immerhin kein Herzinfarkt für den Hünenberger CVP-Gemeinderat und (bei Redaktionsschluss Noch-) Ständeratskandidat Peter Bieri. Als kantonaler Beamter würde ihn die Reduktion auf ein 80%-Pensum 14'000 Fr. kosten. Mit diesem Argument bekämpfte der Hünenberger CVP-Kollege Ueli Eicher einen Antrag von Willi Wismer (CVP) und Toni Kleimann (FriBri) bei der Beratung des neuen Personalgesetzes. Die beiden wollten festschreiben, dass kantonale Beamte, die gleichzeitig als Gemeinderäte amtieren, in der Regel nicht mehr als 80%-Pensen leisten dürfen.

Toni Kleimann wollte es genauer wissen und erkundigte sich bei Bieri persönlich. Nach längerem, stressigem Hin-und-Her ge-

stand dieser schliesslich, dass die Einbusse tatsächlich nur etwa 4000 Fr. betragen würde. Aber mit seinen zusätzlichen Auslagen für Kleider und Vereinsbeiträgen - bedingt durch sein Gemeinderatsamt - käme es dann doch auf ungefähr 14'000 Fr. ... Krämergeist nach Bern!

✱

Der obenerwähnte Antrag ist im Kantonsrat schliesslich nicht durchgekommen. Drangekommen ist dann aber Willi Wismer. CVP-Mann Bernet massregelte Wismer vor versammelter CVP-Fraktion: Es gehe doch nicht an, dass Wismer einen Antrag zusammen mit einem Alternativen mache. Niemand unterstützte Wismer. Soviel zur sachbezogenen Politik der CVP und deren Wahlslogan «Zäme Läbä - zäme staa».

✱

«Zäme staa» muss nächstens Mal die SGA und ihrem Regierungsrat Uster einen neuen PC kaufen. Respektive überhaupt einen PC kaufen. Denn Usters achtjähriges Schreib-Fossil als PC zu bezeichnen, grenzt schon fast an Rufmord an der PC-Branche.

Jedenfalls konnte ein entnervter Bulletin-Redaktor nur mit Mühe davon abgehalten werden, in dieser Nummer eine Geldsammelaktion für diesen Zweck zu starten, nachdem Uster wieder einmal eine leere Diskette ablieferte. Ein Trost: dieses eine Mal war wenigstens kein Virus drauf! Bei der nächsten Lieferung (drei Disketten mit je dem gleichen Text - sicher ist sicher!) stand dann aber wieder gross «ACHTUNG! VIREN-TEST MACHEN» auf den Disketten...

✱

Für einen neuen PC zu sparen hätte «Chnuschpi» ja eigentlich bei seinem Unterstützungsbeitrag für das Namensinserat der Ständeratskandidatin Rosemarie Rossi anfangen können. Ob ihn der Charme des netten Briefes der SP an alle UnterzeichnerInnen des Inserates für Doris Angst über-

zeugt hat? Ein Charme, der in scharfem Kontrast zum Ton von Aeschlimanns SGA-Artikel im letzten eSpe-Blatt steht. Vielleicht hat «Chnuschpi» aber bloss nicht gewusst, dass Susanne Fassbind im ersten Wahlgang der Ständeratswahlen in der Stadt Zug mehr persönliche Stimmen auf der alternativen Liste als Rossi gemacht hat?

✱

Apropos Namensinserat: Wer preist sich in einem Bettel-Brief für ein Unterstützungsinserat folgendermassen an: «Der CVP würde offensichtlich momentan eine kreative Pause ganz gut tun. Die weiteren zur Wahl stehenden Kandidaturen erscheinen ebenfalls zweifelhaft. Mit irgendeiner Person, welcher es nur um die Befriedigung eines persönlichen Ehrgeizes geht, wäre der Kanton Zug im Stöckli schlecht vertreten.»? Honni soit qui mal y pense.

✱

Wegen der klimatisch-diplomatischen Grosswetterlage über dem rotgrünen Zuger Polit-Terrain ist uns ans Herz gelegt worden, sich mit Beiträgen über die SP an dieser Stelle zurückzuhalten - wo doch das letzte eSpe-Blatt alleine Stoff für mindestens eine Seite geliefert hätte. Beispielsweise Peinliches zum Thema Geschichtsklitterung:

In der SP-Chronik wird die Veranstaltung der «Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot» im Casino aufgeführt, mit dem Hinweis auf die Präsidentin der ARW, SP-Nationalrätin Barbara Haering. Kein Wort davon, dass es sich um eine Veranstaltung von SGA und ARW handelte, organisiert zur Hauptsache von der SGA. Natürlich auch kein Wort davon, dass sich die SP-Parteiführung längere Zeit weigerte, die Veranstaltung offiziell zu unterstützen (wohl zu brisant vor den Wahlen ...) und erst im letzten Moment und nach massiver Intervention aus der Berner Parteizentrale ihre Unterstützung bekannt gab. □

Rückblick auf ein äusserst gelungenes Projekt

7 Tage Musik, Film und Tanz von und mit Frauen vom 21. bis 27. November 1994



Dana Zumr

«Eine chemische Reaktion mit mehr weiblichen Ionen» wünschten sich der Gassenarbeiter Peter Lüthold und der Chaos-Wirt Marcello Uebersax. Beiden war aufgefallen, dass Frauen im Chaos weniger anzutreffen sind und zu wenig Kulturveranstaltungen stattfinden. Man wollte Frauen mehr Raum geben, schauen, wie sie Sachen angehen, und von ihnen lernen. Die Idee «Frauenkulturwoche» war geboren, doch war beiden klar, dass diese von Frauen (mit)organisiert sein müsste. Damit fing die Suche nach OrganisatorInnen an. Auf den Anschlag im Chaos «Wir suchen noch Frauen und Männer zur Organisation einer Frauenkulturwoche» meldeten sich vier Frauen, Cinzia Trinler-Barocco, Caroline Keller, Lisa Schadl und Gisela Hürlimann. Das war im Frühjahr 1994. Eine erste gemeinsame Sitzung führte zur Entscheidung, dass ebenfalls einige Organisationen/Institutionen für eine Mitarbeit angefragt werden sollten. So kam es, dass nebst den vier Gästinnen des Chaos, dem Chaos und der Gassenarbeit sich der Verein Asylbrücke, die OFRA Zug und das Gleichstellungsbüro an den Vorarbeiten beteiligten.

Woche muss vor allem Spass machen

Drei Grundsätze prägten das Konzept der Woche:

1. Die Woche muss vor allem Spass machen.

2. Frauen sind da und handeln, ohne lange darüber zu theoretisieren.

3. Wir wollen das Chaos auch einem anderen Publikum öffnen.

So sind sieben Tage mit Essen, Reden, Videos, Theater, Tanz, Musik – von jiddischen Liedern bis zu Rap-Core – entstanden.

Dana Zumr: *Warum fand die Woche im Chaos statt?*

Caroline Keller: Es gibt kein anderes Lokal in der Stadt Zug, das bereit ist, eine Woche lang seine Infrastruktur und seine Mithilfe zur Verfügung zu stellen.

Wie war die Zusammenarbeit?

Cinzia Trinler-Barocco: Ein Dreamteam. Die Kerngruppe, bestehend aus Peter Lüthold, Marcello Uebersax, Caroline Keller und mir, hat sehr gut zusammengearbeitet. Es sind Leute, auf die du dich verlassen kannst. Ich habe zum ersten Mal ein solches Projekt gemacht.

Wie war's?

Verschiedene: Es war vieles möglich, was sonst nicht möglich wäre im Chaos. Die Alterspalette reichte von 15 bis 70. Der Frauenanteil war während der Woche höher; die Frauen waren in der Mehrheit. Es fanden auch ganz andere Leute als sonst den Weg ins Chaos. Optisch gab es einen ganz anderen Eindruck – eine andere Dekoration, es war farbiger, eine Frau am Bass. «Die Atmosphäre war friedlich. Eine spürbare Solidarität und Toleranz. Ein ge-

meinsamer Genuss. Es ist viel Power herübergekommen. Überraschend viele Leute.» Diese positiven Voten am Abschlussbrunch der Gäste zeigen auf eindrückliche Weise den Erfolg dieser Woche. Demgegenüber wurden auch Grenzen einer solchen Veranstaltungsreihe sichtbar: Mit dem Video- und Theaterabend ging man an die technisch möglichen Grenzen. Die Akustik und die Platzverhältnisse waren mit rund 70 ZuhörerInnen mehr als prekär.

7 Tage Veranstaltungen nacheinander schränken den Normalbetrieb im Chaos ein. Anfangs der Woche war man zudem mit kritischen Reaktionen von Stammgästen konfrontiert: Sie hatten Angst, «es wird ihnen etwas weggenommen», «schon wieder die Frauen», «wann können wir wieder hinein?».

Cinzia: Ich habe am Montag eine neue Erfahrung gemacht: Männer fehlen nicht an einem Anlass nur für Frauen. Doch stellt sich für mich die Frage, wie geben wir den Männern weiter, dass es nicht gegen sie war, sondern für uns?

Caroline: Auch das Chaos ist eine männerdominierte Beiz, obwohl sie für mich eine der wenigen Beizen ist, wo ich alleine hingehere. Mir ist bewusst geworden, dass wir Frauen in der Öffentlichkeit ein Transitrecht haben, aber nicht ein Recht auf den öffentlichen Raum. Der Montag war sehr weiblich.

Lisa Schadl: Die Reaktionen des Publikums waren schön. Einige mehr wissen nun, dass das Chaos keine Opiumhöhle ist. Gefreut hat mich insbesondere, dass Leute kamen, die sonst nie da waren. Wir haben endlich etwas gemacht.

Peter Lüthold: Die Woche war überraschend erfolgreich. Wir rechneten mit weniger Echo, Eintritt und Geld. Üblicherweise ist die Geldbeschaffung fürs Chaos einiges schwerer. Die Veranstaltungsreihe war breiter abgestützt, daher war vermutlich die Unterstützung derart gut.

Cinzia Trinler-Barocco: Die Zusammenarbeit mit den lokalen Medien war positiv. Sie waren von sich aus interessiert. Die Werbung über die verschiedenen Organisationen lief ebenfalls sehr gut. Wir hatten während der Woche gar ein Stammpublikum.

Und wie soll es weitergehen?

Verschiedene: Weiter experimentieren. Innerhalb der Betriebsleitung wird diskutiert, den Montag, an dem das Chaos geschlossen ist, für andere Anlässe oder Gruppen zu öffnen. Die Gruppe «Animation» ist derzeit im Anlaufen; sie plant einen Samichlausanlass, ein Schneewochenende etc. Eine Gruppe will sich der «Innenausstattung» annehmen, da ihnen bewusst wurde, dass dem Raum bisher zuwenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Das KiCh hat sich vorgenommen, bewusster Frauen bei der Planung von Anlässen zu berücksichtigen. Eine solche Woche wird es wohl eher nicht mehr geben, doch ist der Reiz da, wieder so etwas Ähnliches zu machen, als Wochenende ein oder zweimal jährlich, oder noch weitere Sachen im Chaos zu erproben. Geträumt wird von einer Frauenband, die sich im Chaos zusammmentut, und von einer regelmässig stattfindenden Frauenbeiz. Eine Adressliste von interessierten Frauen steht und die Überzeugung ebenfalls, weiterhin engagierte Stammgäste zu bleiben.

Was bleibt noch zu sagen?

Cinzia und Caroline: Danke allen, die gekommen sind. Danke allen, die gemischte Gefühle hatten und trotzdem gekommen sind. Speziellen Dank dem Chaosteam. □

An diesem Gespräch beteiligten sich Peter Lüthold, Cinzia Trinler-Barocco, Caroline Keller, Lisa Schadl, Yves-Noel Stemmle, Hedy Schindler, Ivan Lanz, Constanze Neuenschwander, Richard Blüml.

Das Chaos kurz vorgestellt

Restaurant Chaotikum, Hasenweg 2, 6300 Zug

Öffnungszeiten: Di-So 11-24 Uhr, auch an Weihnachten und Silvester

Angebot: Mittagessen von Di-Fr, das Menu von Fr. 10.50 bis Fr. 18.50; Abendessen von Di-So, gleiche Preise; Getränke von Fr. 1.60 bis 5 Fr.

Gäste: kunterbunt, kreuz und quer
Das Chaotikum wurde im September 1989 eröffnet und feierte kürzlich sein fünfjähriges Jubiläum. Im Chaoten-Blatt erschien kürzlich ein Artikel zu der Kontroverse um die zwei Namen Chaotikum und Jugendbeiz. Das Chaos als Ort von Energie, Lebensfreude und Spontanität und als Ort mit Strukturen der Jugend erlebt einen Prozess und entwickelt sich zunehmend zum Restaurant Chaotikum.

Zum Team gehören: Betriebsleitung: Marcello Uebersax (25), Wirt, Ressort Haus; Hedy Schindler (22), Ressort Küche; Yves-Noel Stemmle (22), Ressort Buffet; Urs Meier (28); MitarbeiterInnen: Christof Siegrist (25), Ivan Lanz (20), Constanze Neuenschwander (21), Heinz Trachsler (38), Monika Straub (21), Kolja Farjon (45).

Die Arbeitsgruppe «Kultur im Chaotikum», kurz KiCh, besteht aus Marcel Uebersax, Yves-Noel Stemmle, Lisa Schadl und Richard Blüml. Sie organisiert praktisch jedes Wochenende Konzerte von Blues, Jazz über Funk, Punk bis zu Hard Core mit MusikerInnen aus der ganzen Schweiz. Neu soll die Animation am Nachmittag angegangen werden und sollen weitere Kulturveranstaltungen folgen.

Jeden 2. Sonntag ab 19.00 Uhr finden sich MusikerInnen verschiedener Richtungen auf der Bühne ein und musizieren zusammen.

Mit dem Juli Zug bildet das Restaurant Chaotikum die Vereinigung Zuger Jugendtreffpunkte, welche von Hans Ruedi Küttel präsidiert wird. Aufsichtsorgan des Chaotikums ist der Ausschuss, bestehend aus 8 Mitgliedern: Rolf Kalchhofer, Stefan Huber, Hans Ruedi Küttel, Marco Kunz und der Chaos-Betriebsleitung.

«... alles andere als ein Highlight»

Im letzten eSPe-Blatt hat Richard Aeschlimann die SGA «unter die Lupe genommen». Vom dabei entstandenen Zerrbild bringen wir untenstehend Auszüge. Zusätzlich veröffentlichen wir den Brief, den Hanspeter Uster an die SP geschrieben hat. Der folgende Ausschnitt stammt aus dem Artikel «Wird die SGA das Jahr 1998 erleben?» von Richard Aeschlimann, erschienen im eSPe-Blatt 3/94.

Man erinnert sich: 1993 gab eine der bedeutendsten und wohl die erfolgreichste kantonale Opposition – das Kritische Forum Uri (KFU) – auf, für Aussenstehende völlig aberraschend. Einige der führenden Köpfe traten in die SP Uri über, mit der bereits Fraktionsgemeinschaft bestand, andere versuchten es mit einer Grünen Partei. Ist das Schicksal des KFU auch das Schicksal der SGA? (...)

Der Wechsel von der ausserparlamentarischen in die parlamentarische Opposition tat der Bewegung zunächst kaum Abbruch. Eine grundlegende Änderung ergab sich erst 1990 mit der Wahl von H.P. Uster in den Regierungsrat und der gleichzeitigen Erreichung der Fraktionsstärke durch SGA und Zugewandte. Das Alphanter Uster war nun in die Regierungsverantwortung eingebunden, und die SGA-Kantonsratsmitglieder waren durch die anfallende Kommissionsarbeit ebenfalls – auch zeitlich – in die Pflicht genommen. Die SGA sah sich in der gleichen ambivalenten Oppositions-/Regierungsverantwortungs-Situation, wie das für die SP schon seit langem der Fall ist – mit allen positiven und negativen Folgen. Inhaltlich wurde denn auch bald einmal eine «Sozialdemokratisierung» der SGA spürbar.

Konnten 1990 von SP und SGA noch recht unterschiedliche WählerInnensegmente angesprochen werden, so ist das 1994 nur noch marginal der Fall. Die SGA hatte dabei mit der Mitkonkurrentin SP in mehrfacher Hinsicht Pech: Pech, dass die SP des Kantons Zug von einer Frau geleitet wird; Pech, dass die SP-Präsidentin Rosemarie Rossi Andenmatten die SP mit Power und Ehrgeiz

führt; Pech, dass die SP im Gefolge des Brunner-Effekts für viele – namentlich Frauen – wieder attraktiv wie seit langem nicht mehr wurde.

(...)

Die SGA versucht nun ihre Beschränktheit mit verschiedenen Mitteln zu sprengen.

(...)

Drittens – und das ist das Bedenkliche – versuchen einige Parteistrategen offensichtlich die SP zu schwächen. Während und nach den Verhandlungen rund um die gemeinsamen Listen gab es viele und zum Teil unglaubliche Provokationen vis à vis der SP. An die Öffentlichkeit getragen wurde bisher lediglich das unwürdige Vorgehen der SGA rund um die Ständeratskandidatur Doris Angst. Der Glaube, die SGA betreibe eine ehrliche, saubere Politik, ist dabei einigen WählerInnen abhanden gekommen. Bezeichnenderweise waren es dabei auf SGA-Seite hier und bei anderer Gelegenheit immer Männer – und immer die gleichen, die an einer Hand herzuzählen wären – welche in geradezu macchiavellistischer Manier ihre männlichen Machtspiele spielen.

Dazu gehört zweifelsohne auch der Brief des Fraktionschefs der Alternativen Fraktion, Toni Kleimann, an die SP-Geschäftsleitung, wobei der Brief aber gleichzeitig mit stillen Kopien in unbekanntem Ausmass gestreut wurde. Kleimann regt sich masslos über den Artikel «Wo Frauen politisieren» der SP-Präsidentin im eSPe-Blatt 3/94 auf. Grund der männlichen Erregung: Rosemarie Rossi erwähnte in ihrem Artikel, bei dem es namentlich um einen Ver-

gleich der Situation der Frauen in der SP mit jener in den bürgerlichen Parteien ging, den Frauenanteil der SGA nicht. Kleimanns Brief beginnt mit der ungehobelten Anrede «Geschätzte Kolleginnen und Kollegen; Rosemarie Rossi Andenmatten» und endet in abgrundtiefem Hass: «Diese gewollte Ignoranz unserer Fraktion empfinden wir als bodenlose Frechheit. Wer – wie Rosemarie Rossi Andenmatten – vorgibt, sachliche Analysen in dieser Frage zu machen, und gleichzeitig eine ihr anscheinend missliebige Fraktion ausblendet, muss sich dem Vorwurf der Unehrlichkeit aussetzen. Diese Politunkultur von Rosemarie Rossi schadet schlussendlich ihren eigenen Ambitionen am meisten.»

(...)

Auf jeden Fall wird sich die SGA umgehend der Diskussion mit der SP stellen müssen. 1995 sind Nationalratswahlen, und da will die SP wissen, mit wem sie es zu tun hat. Die Abmachung unter den Linken ist, dass eine Ämterkumulation zu vermeiden ist und ein linker Regierungsrat nicht auch noch Nationalrat sein darf. Welche Pläne haben da Uster und die SGA bezüglich der in der WoZ vom 28. Oktober 1994 publik gemachten nationalen Ambitionen?

Zunächst gilt es aber, die Wahlen vom 12./13. November abzuwarten. Die gemeindlichen Wahlen waren für die SGA und die mit ihr liierten gemeindlichen Gruppierungen ja alles andere als ein Highlight. So oder so: Ich würde keine Flasche guten Weines wetten, dass 1998 nochmals eine Sozialistisch-Grüne Alternative zu den Wahlen antritt. □

Brief Hanspeter Usters an die SP-Geschäftsleitung vom 25. November

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Bewusst habe ich einige Zeit verstreichen lassen, bevor ich mich wegen Richard Aeschlimanns Artikel über die SGA an Euch wende. Als Regierungsratskandidat der Alternativen auf unserer gemeinsamen Liste will ich nun aber nicht mehr länger warten, um die Meinung der Geschäftsleitung zu erfahren; denn jetzt ist Eure verbindliche Stellungnahme gefragt. Urs Birchler habe ich gleich nach dem Erscheinen auf den Artikel angesprochen; auch er hat ihn völlig daneben gefunden. Ich stellte Urs die Frage, was ein solcher Artikel soll, und erst noch wenige Tage vor den Wahlen? Ich stelle Euch die gleiche Frage auch. Die Antwort fällt Euch vielleicht leichter, wenn Ihr Euch vorstellt, wie Ihr auf einen analogen Artikel über Eure Partei im SGA-Bulletin reagiert hättet. Es geht aber nicht nur um den Zeitpunkt: Auch Stil und Inhalt des Artikels sind für mich nicht akzeptabel:

- SP und Alternative haben in verschiedenen Gemeinden auf gemeinsamen Listen miteinander kandidiert. Dieser Zusammenhalt ist für R. Aeschlimann kein Thema, im Gegenteil: Er schreibt, dass «die gemeindlichen Wahlen für die SGA und die mit ihr liierten Gruppierungen ja alles andere als ein Highlight» gewesen seien. Er verschweigt, dass die SP-Sitze in Baar, Zug und Steinhausen nur durch die gemeinsamen Listen mit der SGA bzw. mit der Frischen Brise überhaupt gehalten werden konnten.
- Für R. Aeschlimann gibt es in der gesamten SGA keine Frauen; er erwähnt sie zumindest in seinem Artikel nicht. Dafür macht er mich zum «Alphatier»; diese Bezeichnung, die alle anderen zu willenslosen Gefolgsleuten macht, hat in weiten Kreisen, gerade auch bei Frauen, Empörung ausgelöst.
- R. Aeschlimann zitiert aus einem Brief von Toni Kleimann, der nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. R. Aeschlimann selber hat Toni kritisiert, dass er sich den Weg an die Öffentlichkeit vorbehalten hat. Toni hat in einem zweiten Brief von einer Veröffentlichung Abstand genommen. Zudem hat er im gleichen Brief klipp und klar erklärt und nachgewiesen, dass er keine stillen Kopien in Umlauf gebracht hat. Das hindert R. Aeschlimann nicht daran, diese Behauptung wieder zu bringen. Schliesslich darf auch der Anlass der inhaltlichen Auseinandersetzung nicht vergessen werden: Rosemarie Rossi hat in ihrem Artikel «Wo Frauen politisieren» (eSPE-Blatt 3/94) nur die Frauenanteile der SP-, CVP- und FDP-Kantonsratsfraktionen, nicht aber der Alternativen Fraktion erwähnt. Auch hier die Frage: Wie hättet Ihr auf einen entsprechenden Bulletin-Artikel reagiert?
- R. Aeschlimann konstruiert aus einem WoZ-Artikel angebliche Nationalratsambitionen von mir. Viele Reaktionen zeigten mir, dass eine mögliche Absicht dieser völlig aus der Luft gegriffenen Konstruktion das Streichen meines Namens auf der gemeinsamen Regierungsratsliste war, so nach dem Motto: «Jetzt wird's langsam zuviel».
- Die einzige, nicht in einem gehässigen Ton geschriebene Passage im gesamten Artikel von R. Aeschlimann, und zudem die einzige, die inhaltlich Tiefgang hat, stammt bezeichnenderweise nicht von ihm, sondern von Josef Lang aus dem SGA-Jahresbericht 1991. Eine ähnlich selbstkritische Analyse der eigenen Partei habe ich im eSPE-Blatt bisher noch nie lesen können.

Ich möchte nicht auf weitere Einzelheiten eingehen; jedesmal, wenn ich den Artikel lese, bin ich bestürzt über Ton und Inhalt. Alle Betroffenen, seien es die Kandidatinnen und Kandidaten auf den gemeinsamen Listen, seien es die Alternative Fraktion, die alternativen Gruppen oder die SGA, haben Anrecht auf eine schriftliche Stellungnahme der Geschäftsleitung. Beschränkt Eure Stellungnahme aber bitte nicht auf das altbekannte Argument, das sei halt der R. Aeschlimann; dieses Argument habe ich in den letzten Monaten immer wieder gehört. Genau so regelmässig aber schrieb und wirkte R. Aeschlimann – vor Euren Augen. Und bitte nehmt endlich zur Kenntnis: In diesem Stil lassen wir uns nicht mehr abkanzeln.

Nachdem R. Aeschlimanns Artikel im eSPE-Blatt erschienen ist, werden wir diesen Brief wie auch Eure Antwort im Bulletin veröffentlichen. Ich bitte Euch zudem, meinen Brief im nächsten eSPE-Blatt im Sinne einer Richtigstellung zu veröffentlichen.

Ich danke Euch dafür wie auch für Eure baldige schriftliche Stellungnahme.

Mit solidarischen und kollegialen Grüssen

Hanspeter

veranstaltungen

januar

- Mi 4. **Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Ort: Tel. 042 / 23 34 53 (Urs Rust verlangen)
- So 8. **Jazz-Brunch: Brunch mit der Dave Feusi Band**
Rest. Monsieur Baguette
- Mi 11. **Jazz-Brunch: «Nadelöhr»**
Altstadthalle, 19.30h
- Fr 13. **Ofra Zug: Filmzyklus «Frauenleben» (für Herren und Damen!!)**
Kino Gotthard, 18.00h: «Personne ne m'aime»
- Sa/So 21./22. **Rigi-Weekend aller Alternativen.**
Rigi-Kulm (Infos und Anmeldungen beim Seki, Tel. 22 13 15)
- Sa 21. **Jazz-Brunch/Burgbachkeller: «Klangverhau»**
Burgbachkeller
- Mo 23. **Ofra Zug: Sitzung (für alle interessierten Frauen)**
Stadtbibliothek Zug (3. Stock), 20.00h
- Mi 25. **Jazz-Brunch: «Patrick Müller Trio»**
Altstadthalle, 19.30h
- Mo 30. **Ofra Zug: Filmzyklus «Frauenleben» (für Herren und Damen!!)**
Burgbachkeller, 20.30h: «Erzählung für Sandra»

februar

- Mi 1. **Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Ort: Tel. 042 / 23 34 53 (Urs Rust verlangen)
- Mi 8. **Jazz-Brunch: «City West Quartett»**
Altstadthalle, 19.30h
- Mo 13. **Öffentliche Mitgliederversammlung SGA Stadt Zug**
Konferenzraum Büro Gegenwind, St. Oswaldsgasse 18, 19.30h
- Do 16. **Ofra Zug: Filmzyklus «Frauenleben» (für Herren und Damen!!)**
Burgbachkeller, 20.30h: «Es braucht etwas Mut»
- Di 21. **Ofra Zug: Sitzung (für alle interessierten Frauen)**
Stadtbibliothek Zug (3. Stock), 20.00h

märz

- Mi 1. **Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Ort: Tel. 042 / 23 34 53 (Urs Rust verlangen)
- Mi 8. **Jazz-Brunch: «Demler Haerter Quartett»**
Altstadthalle, 19.30h
- Mi 8. **Ofra Zug: Filmzyklus «Frauenleben» (für Herren und Damen!!)**
Kino Gotthard, 20.30h: «Antonia & Jane»
- Fr 17. **Jahresversammlung SGA Kanton Zug**
Ort: wird später bekanntgegeben
- Mo 20. **Ofra Zug: Sitzung (für alle interessierten Frauen)**
Stadtbibliothek Zug (3. Stock), 20.00h
- Mi 22. **Jazz-Brunch: «Silvie Courvoisier Sextett»**
Altstadthalle, 19.30h

April

- So 9. **4. Zuger Symposium**
Casino Zug, 10.00 bis 17.00
Morgen: Europa-Podium
Nachmittag: Zukunft der Sozialpolitik
- Mi 22. **Jazz-Brunch: «Silvie Courvoisier Sextett»**
Altstadthalle, 19.30h

AZB 6300 Zug 1

Adressänderungen und Rechnen an SGA, Postfach 829, 6301 Zug

Filmzyklus OFRA Zug

Vier Filme über Frauen für Frauen und Männer vom 13. 1. bis 8. 3. 1995

Freitag, 13. Januar, 18 Uhr, Kino Gotthard Zug: «Personne ne m'aime» von Marion Vernoux, Frankreich 1994, 95 Min. Bronzener Leopard am Filmfestival von Locarno für sämtliche Darstellerinnen. «Personne ne m'aime» ist ihr erster Spielfilm. Ein Film, der Frauengesichter zeigt mit all ihren Ausdrucksmöglichkeiten.

Montag, 30. Januar, 20.30 Uhr, Burgbachkeller Zug (Bar geöffnet ab 20 Uhr): «Erzählung für Sandra» von Anne Spoerri, Schweiz 1988, 75 Min. Die fesselnde Dokumentation einer Lebensgeschichte in nahtloser Einheit von Vergangenheit und Zukunft.

Donnerstag, 16. Februar 1995, 20.30 Uhr, Burgbachkeller Zug (Bar geöffnet ab 20 Uhr): «Es braucht etwas Mut» von Martin Wirthensohn, Schweiz 1990, 54 Min. Ein filmisches Portrait der ersten autonomen Alterswohngemeinschaft der Schweiz. Ida Keller hat mit 73 Jahren eine Idee: «Was die Jungen können, können wir auch.»

Mittwoch, 8. März, 20.30 Uhr, Kino Gotthard Zug (ab 19 Uhr trifft sich frau zum Abendessen im Café Speck): «Antonia & Jane» von Beeban Kidron, Grossbritannien 1990, 72 Min. Antonia und Jane sind die besten Freundinnen. Sie kennen sich seit ihrer Geburt, und jede ist seitdem das geheime Ziel der Eifersucht der anderen.

Übrigens: Haben Sie den Beitrag 1994 schon bezahlt